

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 16. Februar 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 19.

Die Provinzkollegen und die Gauzuschußkrankenkassen.

Das Für und Wider über die Gründung einer Gauzuschußkrankenkasse im Gau Oberrhein ist gegenwärtig das Hauptthema in den Versammlungen unserer Ortsvereine. Nun hat schon im November v. J. der Ortsverein Freiburg zu dem vom Gauvorstande herausgegebenen Statutentwurf Stellung genommen. Es ist erfreulich, daß auch die Freiburger Kollegen einsehen, daß angesichts der heutigen Teuerungsverhältnisse die Erhöhung des Krankengeldes vonnöten ist. Nur wollen die Freiburger Kollegen diese Erhöhung auf zentralen Wege durch den Verband erlangt wissen, und in Nr. 12 des „Korr.“ hat sich auch ein Freiburger Kollege Hg. in gleichem Sinn ausgesprochen. Sein Streben geht dahin, daß sämtliche Krankenzuschüsse der Ortsvereine, der Gau usw. im Verbande zu zentralisieren sind, so daß sie Gemeingut sämtlicher Verbandsmitglieder werden sollen.

Der Vorschlag ist ja sehr ideal, nur glaube ich nicht, daß er in absehbarer Zeit verwirklicht werden wird. Die Freiburger und Karlsruher Mitglieder wehren sich entschieden dagegen, mit diesem Modus nur im Kleinen den Anfang zu machen und ihre beiden Ortszuschußkrankenkassen aufzulösen zugunsten einer einheitlichen Gauzuschußkrankenkasse, obgleich diese sich ja später ebenso gut der projektirten Zentralisierung anschließen könnte. Bis diese vorgezeichneten Wege jedoch geebnet sind, können noch Jahre vergehen. Doch nicht nach Jahren, sondern jetzt ist es dringend notwendig, daß etwas zur Verbesserung der Notlage in Krankheitsfällen bei uns Provinzkollegen geschieht. Die Unterstützung der staatlichen, Gemeinde- und Bezirkskrankenkassen ist vielerorts geradezu trübsalig niedrig. So zählt z. B. die Bezirkskrankenkasse Engen 1 Mk. vom vierten Krankheitsstag ab (ausschließlich Sonn- und Feiertage), und muß gar ein Mitglied in eine Heilanstalt, ein Bad usw., so bekommen, wenn der Kollege verheiratet ist, die Angehörigen ganze 50 Pf. pro Tag. Nebenbei sei noch bemerkt, daß zur Verwaltung solcher Bezirkskrankenkassen der Arbeiter nicht das geringste zu sagen hat.

Es kommt noch in Betracht, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Unterschied der Lebensmittelpreise in den Orten des platten Landes gegen die Städte allgemein ein ganz minimaler ist. Da ist es leicht begreiflich, wenn die Provinzkollegen zur Selbsthilfe schreiten wollen, indem sie, falls sie in dieser Beziehung vom Verbande nicht hinreichend unterstützt werden können, im Gau etwas zu erreichen suchen. Oder sind vielleicht die Ortszuschußkrankenkassen in Freiburg und Karlsruhe seinerzeit nicht auch aus dem gleichen Grund entstanden? Nun, was denn einer recht ist, könnte dem andern ja auch gut sein! Diskutabel ist auch der Vorschlag der Freiburger Kollegen. Bei einer Verbandsbeitragsverhöhung von 10 Pf. wäre es möglich, auf zentralen Weg eine außerordentliche Erhöhung des Verbandskrankengeldes herbeizuführen; wohl ebenso viel, als mit der Gründung einer Gauzuschußkrankenkasse erreicht würde, und es würde dabei noch in ersterem Fall am Beiträge gespart. Dieser Ansicht haben sich unterdessen noch mehrere Ortsvereine angeschlossen. Ob man aber nicht wieder auf die Entgegnung stößt, daß dann an solchen Orten, wo gut fundierte Buchdrucker- und andre Ortskrankenkassen bestehen, eine sogenannte Überversicherung eintritt?

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß sich eine der vorhergehenden Generalversammlungen sehr lebendig gezeigt hat, indem z. B. ohne Beitragsverhöhung die Reiseunterstützung von 1,25 auf 1,50 Mk. erhöht wurde. Ich will nun nicht sagen, daß zur heutigen Zeit die Reiseunterstützung zu hoch ist. Ich muß aber die Frage offen lassen, wer von Verbands wegen mehr unterstützt gehört, derjenige, der reist, oder der, der krank ist. Die Reiseunterstützung wurde neben andern Gründen auch noch deswegen erhöht, um die Großstädte einigermaßen von der großen Zahl der Konditionslosen zu entlasten. Der Bezug nach den größeren Städten seitens der Provinzkollegen könnte aber auch etwas gehemmt werden, wenn es möglich wäre, die Unterstützungswege — ich meine damit vorab die Krankenunterstützung — etwas besser auszubauen. Denn es sind wohl auch die besseren Unterstützungsanstalten, die die Kollegen auf dem platten Land in die Städte zieht.

Ich möchte meine Darlegungen dahin zusammenfassen, daß auf dem Goutag in Freiburg ein bestimmter Beschluß gefaßt werden soll, falls es von Verbandsseite dieses Jahr nicht möglich ist, das Krankengeld so zu erhöhen, daß uns Provinzkollegen damit geholfen ist, daß unverzüglich die Gauzuschußkrankenkasse in Kraft tritt. Dabei werden uns hoffentlich auch die Kollegen nicht im Stiche lassen, die ihr Schäfchen, wie man so sagt, bereits im trocknen haben!

Engen. Bg.

Das Buchgewerbe im Auslande.

Großbritannien. Vom 10. Februar liegt folgender Bericht über die englische Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit vor:

Die Prinzipale verbreiten in der Tagespresse das Gerücht, daß alles wieder im alten Geleise geht, daß sie mehr Arbeitskräfte zur Verfügung haben, als sie benötigen. Das liest sich ganz schön, nur nicht in der „Daily News“. Letztere hat das Privilegium, im Annoncentheile sich der Gunst des Druckgewerbes und verwandter Berufsgenossen zu erfreuen. Dieselben Herren, die den lokalen Teil mit ihren Berichten versorgen, findet man im Annoncentheile wieder, in der sie immer noch wie seit Wochen schon alle nötigen Arbeitskräfte suchen. Besser können diese Märchen nicht widerlegt werden. Unter den zahlreichen Firmen, die annoncieren, befindet sich auch eine sehr bekannte Notendruckeri. Als eine Deputation beim Direktor vorstellte, nannte er die Arbeiter „gerig“. Es fällt nicht schwer herauszufinden, wo die „Gier“ am stärksten ausgeprägt ist, wenn man bedenkt, daß dort ein Duzend Geschäftsführer je 1000 Pf. d. Sterl. Jahresgehalt bezieht und die Firma im letzten Jahr einen Profit von 29000 Pf. d. Sterl. machte.

Der Präsident der Prinzipalsorganisation, der beliebt, seiner Freude über die „leere“ Kasse der Buchdruckergehilfen Ausdruck zu verleihen, hat ein vertrauliches Schreiben an die Prinzipale geschickt, in dem um schnelle und reichliche Geldhilfe gebeten wird, um den Kampf weiterführen zu können. Sarkastisch offeriert das Komitee der Seegeresellschaft den Prinzipalen einen Vorschlag von überheblicher Höhe, um zu beweisen, daß — keine Feindschaft existiert.

Im Auftrage von 31 Maschinenmeistern von Spottiswoode & Co. verklagte ein Maschinenmeister die Firma auf Bezahlung des Lohns wegen unrechtmäßiger Entlassung. Die Firma erhob dieselbe Klage wegen Kontraktbruch. Bereits vor Beginn des Streiks engagierte sie unorganisierte Anwerker. In einer Druckereiverammlung wurde beschlossen, nicht mit diesen zusammen zu arbeiten. Am nächsten Morgen bekamen sämtliche Gehilfen ihren Lohn und waren entlassen. Der Kläger führte an, daß er in der Firma 23 Jahre beschäftigt sei und daß unter normalen Verhältnissen in der Druckerei 80 Unfälle im Jahre vorkämen, davon etwa 20 im Maschinenjaale. Durch Einführung ungelerner Kräfte würden noch mehr Unfälle eintreten. Nach Ansicht des Ratshehrens, der im Polizeigericht in diesem Falle zu urteilen hatte, war die Entlassung gesetzlich, weil die Arbeiter sich weigerten, die Befehle des Arbeitgebers auszuführen. Er behauerte aber, daß Zwistigkeiten zwischen einer Firma wie Spottiswoode und deren langjährigen Arbeitern entstanden seien. Letztere hätten ihre Gründe in klarer, intelligenter und gerechter Weise dargelegt. Er hoffe, daß alle wieder an ihre alten Plätze zurückkehren würden, und daß er nie wieder etwas von „Ausperungen“ hören werde.

Unterm 12. Februar wird uns folgendes gemeldet: Während des Sonnabendnachmittags und am Sonntag ist Waffenstillstand eingetreten. Die Bemühungen der deutschen Kollegen, unsern „Vandaleuten“ bei Potter & Co. das Verderbliche ihres Treibens vor Augen zu halten, sind am Sonntag nicht gelungen, weil der Vertreter der „Londoner Zeitung“ es für zweckmäßiger hielt, die Streikbrecher im Kararomet nach ihrer Schlafstätte zu bringen. Jetzt, wo sie ihren ersten Lohn bezogen, haben sie sich auch von den Schlafstätten der Heilsarmee emanzipiert.

Der Streik hat jetzt eine Woche gedauert und alles deutet darauf hin, daß er sich seinem Ende nähert. Während der letzten Woche haben über 25 Firmen eingewilligt. Außer den Zeitungsetzern haben jetzt über 7000 Kollegen die Fünftägigenwoche. In der Ge-

nosenschaftsdruckeri und den sozialistischen Unternehmen wird allerdings seit langer Zeit bereits nur 48 Stunden gearbeitet.

„The Daily Herald“, das Londoner Verbandsorgan, hat eine Auflage von 27000 erreicht. Um es auch für andre Gewerkschaften interessant zu machen und um zu dem langersehnten täglich erscheinenden Arbeiterblatt zu gelangen, erläßt die Redaktion einen Aufruf zur Lieferung von Beiträgen. Es werden Artikelschreiber gesucht, die über die folgenden (man beachte die ländliche Reihenfolge) Angelegenheiten mit Verständnis zu schreiben imstande sind, und zwar über: Fußball, Gartenbau, Radfahren, Literatur, Arbeiterfragen usw. Daß die „Pferde“ vergessen worden sind, ist direkt auffällig; die Auflage würde die doppelte Höhe erreichen.

Dänemark. Ganz außerordentlich groß ist zurzeit die Arbeitslosigkeit im dänischen Buchdruckgewerbe. Am meisten kommt das in Kopenhagen zum Ausdruck, da die arbeitslosen Provinzkollegen ihre Hoffnung, wieder in Arbeit zu kommen, auf die Hauptstadt des Landes setzen. Diese hatte gegen Schluß des vorigen Jahres die für dänische Verhältnisse überaus hohe Konditionslozesziffer von 200 zu verzeichnen.

Zu begrüßen ist, daß es gelungen ist, die sozialdemokratische Presse in der Provinz davon abzubringen, Stereotypieplatten gemeinschaftlich zu benutzen, was Entlassungen zur Folge gehabt hätte. Das Kontrollkomitee der sozialdemokratischen Blätter schloß sich der Ansicht an, daß die Entwicklung der sozialdemokratischen Presse in der Weise vor sich gehen müsse, daß es nicht zum Schaden der typographischen Arbeiter geschehe.

Nach vor Schluß des vergangenen Jahres hat die Zeitung „Danebrog“, deren Verleger der jetzt im Buchhaufe sitzende frühere Justizminister Alberti war, ihr Erscheinen eingestellt.

Schweden. Der Ortsverein Upsala des Schwedischen Typographenbundes hatte am Schluß des vergangenen Jahres 25 Jahre bestanden. Ein Rückblick, der gelegentlich des Jubiläumsfestes erstattet wurde, läßt erkennen, daß die Kollegenhaft von Upsala sich um die Gesamtorganisation sehr verdient gemacht hat. Gleichfalls ihr 25jähriges Bestehen feiern konnte die Druckersektion in Stockholm, die aus diesem Anlaß eine Festschrift herausgab. Die Stockholmer Druckerkollegen sind übrigens aufgefordert worden, als älteste Sektion die Initiative zu ergreifen zu einem Zusammenschlusse der Druckersektionen des Landes.

Die Prinzipale versuchen noch immer, ihre Gehilfen zum Untertreiben von Kontrakten zu bewegen. Das Bundesorgan warnt die Kollegen davor auf das eindringlichste.

Der Vorsitzende des Kontrollausschusses im Typographenbunde, der Korrektor Louis Werner, hat nach 24jähriger ununterbrochener Vekleidung dieses Postens niedergelegt. Er hat sich um die Organisation große Verdienste erworben und erfreute sich allgemeiner Beliebtheit. Werner hat eine Anstellung im Journalistenverein angenommen.

Norwegen. Schon seit langen Jahren bestehen in der Kollegenchaft in Christiania sogenannte Druckereiklubs, die sich sehr zweckentsprechend erwiesen haben. Sie dienen zur Pflege der Kollegialität und Solidarität und haben sehr viel zur Verbesserung der Verhältnisse in den einzelnen Druckereien beigetragen. Diese Einrichtung ist übrigens von Amerika nach Norwegen eingeführt worden. Bisher war jedoch die Mitgliedschaft zum Druckereiklub jedem freigestellt. Nunmehr ist aber statutarisch festgelegt worden, daß ein jeder Kollege dem an seiner Arbeitsstelle existierenden Druckereiklub anzugehören hat. Dies ein Beweis, daß die Einrichtung sich bewährt hat.

Die seit elf Jahren bestehende Wladabe der Druckerei der „Norwegischen Seefahrtszeitung“ in Christiania ist auf ihr Ansuchen jetzt aufgehoben worden, nachdem sämtliche Wünsche der Organisation erfüllt worden waren. Genannte Zeitung war die der ersten, die die Sechsmaschine einführte, doch weigerte sich die Geschäftsführerin (übrigens eine Schriftsetzerstochter), die Maschinenführer entsprechend zu bezahlen. Da das übrige Personal sich unter diesen Verhältnissen weigerte, an die Maschine zu gehen, fanden Maßregeln statt und so entstand die Wladabe.

Die Lönberger Kollegen konnten vor kurzem das 25jährige Bestehen ihres Ortsvereins feiern.

In Bergen, der zweitgrößten Stadt Norwegens, waren bisher Sonntagsausgaben der Zeitungen etwas Unbekanntes. Zwei der größten Zeitungen machten nun vor einiger Zeit den Anfang damit, konnten sich jedoch mit ihrem Personale nicht über die Bezahlung der Nacharbeit einigen. Verhandlungen der beiderseitigen Organisationen führten zu keinem Resultate, da die Prinzipale unredlichigerweise die Verhandlungen abbrachen. Die Presse wurden nun von den Gehilfen allein festgesetzt, ungeachtet den Verträgen in Christiania entsprechend. Die beiden in Frage kommenden Prinzipale haben daraufhin die Sonntagsausgabe ihrer Zeitungen wieder eingestellt und das Schiedsgericht angerufen.

Finnland. Nun sind bereits über sechs Wochen seit Ausbruch des Streiks verfloßen. Ein Streik von solcher langer Dauer ist für die graphischen Arbeiter des Landes bisher noch unbekannt gewesen. Abgesehen von den noch allerdings in recht kläglichem Zustand erscheinenden Zeitungen, ist ein vollständiger Stillstand im graphischen Gewerbe eingetreten. Alle zur Verfügung stehenden sachlichen Arbeitskräfte, darunter auch verschiedene Prinzipale und Faktoren, hat man in den Zeitungsdruckereien konzentriert. Und dazu kommen nun die sogenannten „Waterlandsdretter“, die sich fast aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzen und im Namen des Waterlandes den bedrängten Druckereibesitzern zur Hilfe eilen. Dieser Vorgang steht einzig da in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und dürfte wohl in diesem Umfang in keinem Lande je dagewesen sein. „Gutenberg“ bringt in einer mehrere Seiten umfassenden Liste Name und Stand der „Waterlandsdretter“. Außer Handlungsgehilfen und -gehilfen, Frauen und Töchtern von Faktoren, Telegraphisten, Studenten und Volksschullehrern befindet sich unter ihnen auch ein Outsbesser mit seinen beiden Söhnen, ein Schiffskapitän, ein Apotheker, zwei Pastorsöhne und ein Pastor selbst. In Vorkang die Tochter des Bürgermeisters und in Willmanstrand der Brandmeister von der Feuerwehr! Des weiteren Eisenbahnbeamte in ihrer freien Zeit, desgleichen Kineamatographenangeestellte; auch Sänger, Musiker und Photographen und sogar eine Josephine aus der Heilsarmee sind den verlassenen Prinzipalen beigeprungen. Allerdings haben bereits viele das Fruchtlose ihrer Bemühungen eingesehen und verärgert das Feld geräumt; u. a. auch zwei Ingenieure, alle beide mit zerquetschten Fingern, die sich vergeblich bemüht hatten, den Rotationsmaschinenmeister zu ersetzen und nun mit dem Arm in der Binde herumlaufen. Ein Chefredakteur hatte sich den ganzen Tag am Kasten geplagt und glücklich einen Wintelhaken voll zusammengepackt, den er dann — wie er es so oft bei den Segern gesehen hatte — selbst aushob und selbstverständlich mit der größten Kraftanstrengung zu Zwiebelstücken zusammenbrachte. Auch er hat das Feld geräumt. In einer andern Druckerei wurden zwei von Prinzipalen und Faktoren hergestellte Zeitungsseiten von „Waterlandsdrettern“ bereits vor dem Druck in schnellster Weise „abgelegt“. Und dann die Druckerei! Erwähnt sei nur ein ganz besonders trasser. In der Sonntagsnummer einer größeren Zeitung stand an auffälliger Stelle ein Inserat der Handelshochschule mit der Unterschrift: „Die Direktion der Sapphirschhochschule!“

Und trotz all dieser Verhältnisse glauben die Prinzipale, den Gehilfen noch einreden zu können, daß alles seinen regelten Gang geht, indem sie hier und da die Gehilfen brieflich auffordern, zur Arbeit zurückzukehren, da sonst die Stellen für immer besetzt bleiben durch die neugewonnene Arbeitskraft! Manche Prinzipale haben sich aber wieder auf höhnliche Witzen verlegt, und man hat sogar bei Wiedereintritt für die ersten drei Monate je 200 Mk. Gehalt versprochen. Ein Steinbrudereibesitzer ließ zur Fretführung der Streikposten seine Maschinen leerlaufen. Den Streikposten wird übrigens ihre Tätigkeit durch die Polizei sehr erschwert und teilweise auch unmöglich gemacht. In den meisten Fällen werden sie mit auf die Polizeikammer genommen, dann aber wieder entlassen.

Wie bekannt wird, hat auch der Generalgouverneur Seyn von den Gouverneuren des Landes Berichte eingefordert über den Verlauf des Streiks, über den daraus entstehenden Schaden, über das Erscheinen der Zeitungen, über die Anzahl der Streikenden, Rückkehr zur Arbeit und die Höhe der Unterstüßungen an die Streikenden.

Die Streikenden sind bei bester Zuversicht. Ist doch bis jetzt noch keine einzige Zeitschrift erschienen und können diese doch nicht allzu lange auf sich warten lassen. Auch hat der Landtag bereits wieder zu tagen begonnen. Die Prinzipale hatten große Hoffnung auf den Monatswechsel gesetzt, da sie glaubten, die ausfallende Entlohnung würde die Arbeiter veranlassen, wieder ihre Arbeitsplätze aufzusuchen. Darin sind sie aber bitter getäuscht worden.

Rußland. Eine allgemeine Aufregung herrscht gegenwärtig unter den Petersburger Buchdruckern über die ohne jeglichen Grund erfolgte polizeiliche Auflösung des Petersburger Buchdruckerverbandes (Verein der Arbeiter der graphischen Künste). Die infolge dessen bei der Verhinderung eingetretene Verschwerbe wurde damit begründet, daß sich bei einer von der Polizei ausgeführten Kontrolle Privatpersonen unbefugterweise in den Büroräumen des Verbandes aufgehalten hätten, obwohl die Polizei ganz genau davon unterrichtet wurde, daß es lediglich Buchdrucker waren, welche ihren Eintritt in den Verband bewirten wollten. Der wirkliche Grund der so pöpligen Auflösung ist jedoch nur in den vom Verband in letzter Zeit mit Erfolg geführten Streiks zu suchen, was der Polizei als Schutztruppe der Unternehmer schon

längst ein Dorn im Auge war. Aber auch diese Gewaltmittel werden nicht verfangen.

Der Konflikt der Monotype- und Linotype-seher in der Buchdruckerei „Arud“ dauert noch unverändert fort und macht die Firma die verzweifeltsten Anstrengungen, Arbeitskräfte von Petersburg und auswärts zu erhalten. Die Arbeitseinstellung entstand seinerzeit durch die Weigerung des Direktors Mandel, die beim Engagement des Maschinensegepersonal vereinbarten Lohnaufbesserungen zu erfüllen. Der letzte Versuch, aus Deutschland, speziell Leipzig, die rettenden Kräfte zu erhalten, schlug natürlich vollständig fehl, und wird Herr Direktor Mandel nun wohl bald zu einer andern Einlösung kommen. Jetzt sind nun vom Vertreter der Monotype als Vermittler Einigungsverhandlungen angebahnt worden.

Gewerkschaftsrevue.

Eine ganz sonderbare Welt, in der wir leben. Die Widersprüche steigern sich ins Groteske, die Logik kommt immer häufiger zu kurz und die klare Vernunft immer mehr zu Schaden. Von einem Extrem stürzt man in das andre.

Daß dies von einer gesunden Entwicklung zeugen könnte, wird ein ernsthafter Mensch nicht einmal im Kraume behaupten. Daß es anders, sogar in vielem anders sein könnte, wird wohl niemand bestreiten wollen. Aber wie schon ein etwas banales geflügeltes Wort besagt: „Man muß das Leben eben nehmen, wie das Leben eben ist“, es heißt auch damit sich abfinden und selbst den Verdrähten unserer Zeitläufte praktische Seiten abzugewinnen. Märrheit belehrt ja oft besser als Weisheit! Herrn Wuechs Klage der Hoffnungslosigkeit kann kaum verflungen und die damit nicht wenig kontrastierende Kampfsangabe in seinem Schwannengesänge wie die darin ebenfalls vorkommenden Terrorismusgrübel, z. B. daß in Gienburg nach Wuechs eigener Wahrnehmung die ganze Einwohnerschaft unter der Tyrannei der Gewerkschaften schmachtet und dort der Barbier — horribile dictu! — dem Arbeitswilligen nicht einmal den Bart abzunehmen sich getraue, hatten bei den Gewerkschaften gerade das letzte herabzusteigen ausgesetzt, da kommt aus demselben Gienburg ein terroristisches Bravourstück: die von einer großen Fabrik praktizierte Nötigung ihrer Arbeiter in einen sogenannten nationalen Arbeiterverein. Daß von 400 Arbeitern 300 diesen unerhörten Zwang mit der Arbeitsniederlegung beantworteten, war die einzig richtige Antwort. Daß zu den 100 sich diesem terroristischen Machtgebote Fügenden aber auch eine Anzahl von Gewerkschaftsmitgliedern zählt, für die einer ihrer am schlechtesten angeschriebenen Führer, — Jakob Winter heißt der Braue — die Erlaubnis erzwang, in trauriger Gemeinschaft mit den Gelben den Herrenmenschen Säckchen den Steigbügel zu halten, brachte diesen modernen Stützen der Koalitionsrechtshäubererei mit Recht das neue Prädikat „schwarzgelb“ ein. Sie genießen jetzt die große Ehre, auch mit den aus Wandsbøl gestellten Arbeitswilligenkolonnen, den berichtigten Fingehingen Siebenmonatskindern, zusammen diesen Abwehrkampf ehelicher und freier Arbeiter niederzutüppeln.

Die gewerkschaftliche Streikbrecherei ist auch so eine Feiterscheinung, die sich mit der Entwicklung starker Organisationen in beiden Lagern eingestellt hat. Die bekannte Firma Müller in Wandsbøl hat Konkurrenz erhalten, in Berlin ist ein Zusammenschluß unorganisirter Metallarbeiter unter der Firma „Antigewerkschaftliche Vereinigung“ entstanden, für die ein Herr Karmayreck zugeht und die Geschäfte besorgt. Es wird nicht lange mehr dauern, dann überschweben diese honorablen Firmen mit ihren Prospekten und Preisatalogen die Unternehmer.

Gegen Ende des vergangenen Jahres, unter dem Einbrüche der Moabitser Vorgänge in Polizei-, Regierungs- und Scharfmacherauffassung — auch Herr Wuech sprach in seiner vielenartigen Abschiedsrede von einer „vier-tägigen Revolution in Moabit“ — gab es in den Unternehmerverbänden ein geschäftiges Treiben. Sie hatten von ihren Zentralen, der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände und dem Vereine Deutscher Arbeitgeberverbände, einen kräftigen Wind erhalten, Material zu einer ausnahmerechtlichen Behandlung der Arbeitskämpfe und der Arbeiterorganisationen zu sammeln. Eine Zeitlang schien es wirklich, daß Moabit den erwünschten Unfluch für alle Reaktionsäre (in Deutschland leider nur zu viel) und nicht nur bei den Kraut- und Schlotjunkern zu finden) abgeben sollte, mit einer neuen Zukunftsvorlage zu dem Ziele zu gelangen, das man vor zwölf Jahren bei dem ersten derartigen Versuche so schnell wieder entwinden sah. Der alte Umsturzsummel zeigte sich in der neuen Aufmachung gar nicht so übel und namentlich keineswegs aussichtslos. Bei einem Bestmann Holweg an der Spitze einer Regierung, deren Homogenität in allen rückwärtlichen Tendenzen unzweifelhaft ist, haben es Leute von den Diktatorereigenschaften eines Mannes wie der Zunkerobrist v. Seydebrand ja nicht allzu schwer. Indes, unser Reichskanzler, der Philosoph der gottgewollten Abhängigkeiten, überlegte und überschloß sich die klügliche Geschichte etliche Male, und er mochte wohl an die ebrjamen Bürger von Schilda und an deren närrisches Tun, das Sonnenlicht mit der Maupefalle einzufangen, gedacht haben und dankte deshalb höchlich mit einem entsprechenden Hinweis auf eine energische Anwendung der bestehenden Strafgesetze. Die Arbeiter sind ja allerdings der Meinung, und zwar der begründeten, daß der § 153 der Gewerbeordnung und der § 253 des Strafgesetzbuchs für sie schon Aus-

nahmegesetze genug sind und diese wie andre Strafvorschriften gegen sie mit tatsächlicher ausreichender Schärfe angewendet werden, wofür die jahrein jahraus und viele seit den Tagen von Moabit ergangenen Gerichtsurteile leider nur zu sprechende Beweise liefern. Eines erhöhten Schutzes der Hingemänner bedarf es also wirklich nicht. Aber es gibt ja immer noch genug Leute, die dem Vorwurfe der Klassenjustiz von Tag zu Tag reichliche Nahrung zuführen und die doch am meisten enttrüftet tun, wenn der Klage die Schelle umgehängt wird. Also beschränkte sich die Tätigkeit der Unternehmerverbände, nachdem das beste Fell fortgeschwommen war, auf das höchsten Unschwärzen der Streikposten. Mit welchem Materiale man sich aber wohl nicht herausgetrauen wird, nachdem Moabit in der gerichtlichen Beleuchtung ein so garstiges Aussehen für alle Scharfmacher bekommen hat. Doch noch ist Polen nicht verloren! Einmal muß es doch zum Klappen kommen, wie Herr Gard v. Oldenburg-Janusgub unlängst zu den freien Studenten in Halle a. S. sagte. Dann wird, wie weiter Ostlebens Prachttausgabe sich vernehmen ließ, Gott uns auch einen Alexander schicken, den gordischen Knoten zu durchhauen und den Reichstag für eine „Repressalienpolitik“, die jetzt nach Herrn Glarbs Klage leider nicht im Wallotbau zu ermöglichen ist, gewinnen helfen. Der Zentralverband deutscher Industrieller, der in dem Bunde der Landwirte seinen „natürlichen Freund“ erblickt, was ja genug sagt, wird dann mit bei der fröhlichen Jagd sein. Aber nicht nur die Gienburger Barbier und die Arbeitswilligen mit den nicht abgenommenen langen Bärten werden alsdann als Kronzeugen gegen die „Tyrannei der Gewerkschaften“ aufmarschieren, sondern auch der vermerklige Unternehmerterrorismus jetzt in Gienburg und früher anderswo wird eine Verwendung finden, die jenen Schreibkälben unangenehmes Aufstoßen verursachen soll.

Auf die Streikposten hatte man es bei diesem schon im Reim erstikten Vorstoße zu einem besseren Schutze der Ausbeutungsfreiheit besonders abgesehen. Wenn da nun die Kunde von einem verunglückten Streikpostenprozesse kommt, den selbst das preußische Kammergericht, das bekanntlich das gefegliche Recht zum Streikposten stehen von der Gnade oder der Infallibilität des Schuymanns abhängig macht, nicht zu retten vermochte, so wäre der fagener Fall auch dann ein schlimmes Omen für die Materialsammler und die Auser nach neuen gefeglichen Ungleichheiten gewesen, wenn nicht inzwischen der Epilog von Moabit wie ein reinigendes Gewitter in dieser Stilleucht scharfmacherischer Strömungen gemirkt hätte. Also auch hier sorgte das praktische Leben für eine angemessene Korrektur gewaltsam konstruierter Vorstellungen.

Das Geschrei nach einem besseren Arbeitswilligen schuß erfuhr in der kritischen Zeit, als der erste Moabitser Prozeß alle Arbeiterfeinde nach nicht so großartig enttäuscht hatte, selbst in einem nationalliberalen Organe, den „Münchener Neuesten Nachrichten“, schon einen tüchtigen Dämpfer. Wenn ein solches Blatt ausgerechnet zu einem derartigen Zeitpunkt den andern Gesellschaftsklassen bedeutet, sie sollten doch weniger über die Kampfmethoden der Arbeiter zernern, denn ihre dem Gegner gegenüber angewendeten Mittel wären die gleichen und ständen sittlich auch nicht höher, dann wirkt das noch ganz anders als in gewöhnlichen Zeiten. Wenn aber obenbrein die Arbeitswilligen als größtenteils höchst unerfreuliche Elemente bezeichnet werden, die sittlich bemakelt sind, in normalen Zeiten keine Arbeit finden, ihr sogar aus dem Wege gehen und die ihre Ausrüstung mit Revolvern und Knüppeln nicht nur zur Verteidigung gebrauchen, dann muß das im Vereine mit dem Zuständnisse, daß „alle wirklich großen Arbeitskämpfe sich in vollster Ruhe und Ordnung vollziehen“, auf alle großen und kleinen Scharfmacher wohl einen sehr niederschlagenden Eindruck gemacht haben. Damit war auch der patente Vorstöße der nationalliberalen Landespartei Bayerns, der in einem Vortrage zu Nürnberg die gelben Gewerkschaften gesegnet hatte, gar nicht übel besavouiert. Der demagogischen Heße speziell gegen die Gewerkschaften wurde diesmal überhaupt in jeder Beziehung das Konzept verborben.

Während die gelehrten und die autodidaktischen Vertreter der Scharfmacherwissenschaft in ihren speziellen Organen, in den Tageszeitungen oder in den hochdeleganten Konferenzräumen vornehmter Hotels Straben über das „Streikfieber“ der Arbeiter loslassen und allerhand lichtschwere Pläne schmieden, greift die von Alexander Tille so bildhüben illustrierte moderne Seuche auch auf Kreise über, die man in unserm behutsamen Deutschland wohl am letzten davon infizierbar gehalten hat. Die beiden Studentenstreiks in Hannover, die im Januar an der Technischen Hochschule und an der Tierärztlichen Hochschule dortselbst sich ereigneten, sind die ersten ihrer Art in Deutschland gewesen. Wenn sie auch nicht die Welt aus den Fugen brachten, so wird doch in den Scharfmacherstabbüreaus sicher der Uhren Schlag momentan ausgelegt haben. Und manch braves Staatsbürgergerber hätte sicherlich für Sekunden auch zu funktionieren, als die Zeitungen vermelden, daß in dem kleinen schwarzburg-rudolstädtschen Orte Glasbach ein leibhaftiger Bürgermeister, der allerdings in Hauptamte Holzarbeiter ist, Streikposten gestanden hat, wofür er freilich wegen Ordnungswidrigkeit und Pflichtverletzung im Amte mit einer Doppelstrafe bestraft wurde. Ja, ja, wir leben in einer wunderlichen Welt!

Das zeigt sich noch an mancherlei sonderbaren Begebenheiten. Sie liegen zumteil auf dem Gebiete der Justiz, die anscheinend doch nicht ganz dem frischen Luftzuge des wirklichen Lebens sich zu entziehen vermag. Wie

z. B. das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg Ende vorigen Jahres eine lokale Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung zumege gebracht hat, verdient auch in diesem Zusammenhang nochmalige Erwähnung und Würdigung. Der § 153 hat in Lohnkämpfen immer schon die unheilvollste Rolle gespielt. Eine Nötigung im Sinne dieses bekanntlich nur Gefängnisstrafe kennenden Paragraphen wurde meistens schon als vorliegend angesehen, wenn Unternehmer von Arbeitern oder deren Organisationsvertretern auf bestimmte Folgen im Falle der Ablehnung gütlicher Erledigung eines Differenzpunktes aufmerksam gemacht wurden. Das soll nun zum größten Leidwesen der Herren im Haus und deren schwer bezahlter Anwälte anders werden. Nach Ansicht des Hanseatischen Oberlandesgerichts handelt es sich im konkreten Fall um keinen Verstoß gegen den § 153 der Gewerbeordnung, sondern es könnte nur der strafbare Tatbestand einer Nötigung nach § 240 des Strafgesetzbuchs gegeben sein, der Geldstrafe für zulässig erklärt. Nun ist bei ähnlichen Vorgängen wie dem in Frage stehenden der § 153 wohl meistenteils zur Anwendung gekommen. Der Sachverhalt ist nämlich kurz der: Ein Kellner ging in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Bremerhavener Gruppe des Verbandes deutscher Gastwirtschaften zu einem Gastwirt, um sich über die Gründe der Entlassung eines bei diesem beschäftigt gemessenen organisierten Kellners zu erkundigen. Der Wirt lehnte jede Erklärung ab. Darauf erklärte ihm der Kellner, er werde den Fall in der Zeitung veröffentlichen und auch Zettel verteilen, wenn sich der Wirt weigern sollte, organisierte Kellner in seinem Betriebe zu beschäftigen. Der Kellner hat dann auch am nächsten Tag eine Verurteilungserklärung in der „Norddeutschen Volksstimme“ veröffentlicht, und zwar, wie er später als Angeklagter vor dem Schöffengericht zugegeben hat, mit der Absicht, den Wirt zur Beschäftigung organisierter Kellner zu veranlassen. Das Schöffengericht erkannte in üblicher Auffassung des § 153 auf eine Woche Gefängnis. Das Landgericht stellte sich auf einen andern Standpunkt und auch das Oberlandesgericht wies die staatsanwaltliche Revision ab, weil in dem bloßen Niederzwingen eines Wegners kein Vergehen nach § 153 der Gewerbeordnung zu erblicken sei. Wenn dieser Grundsatz sich durchdringen sollte, so wären dem gefährdeten § 153 die Vitzsähe ausgebrochen. Denn wenn in einem solch drastischen Falle wie dem vorgetragenen der § 153 nicht mehr anwendbar sein soll, dann wäre seine Anwendungsmöglichkeit künftig recht beschränkt. Und auch das mußte passieren in einer Zeit, die der Arbeiterbewegung neue Anhebungen schmeiden sollte!

Mit einer andern Methode, den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter beizukommen, will es auch nicht mehr so gehen wie früher. Die Erklärung der Gewerkschaften als politische Vereine war ehemals ein beliebtes Mittel in der Hand der Verwaltungsbehörden und der Polizei. Freilich waren es immer recht schwierige Operationen, wenn auch die höheren Instanzen für ein solch gewagtes Vorgehen gewonnen werden konnten, aber der Zweck der Übung wurde zur Not doch erreicht. Nun haben wir aber seit bald drei Jahren ein Reichsvereinsgesetz. Es hat gewiß mit manchem Gesetzgerimpel aufgeräumt und im allgemeinen einer freieren, moderneren Auffassung des Organisationswesens Rechnung getragen. Mit manchem ist es aber bei den bekannten beruhigenden Erklärungen der Reichsregierung geblieben, die durch den Mund des damaligen Staatssekretärs Bethmann Hollweg auch verhielt, die Gewerkschaften sollten nicht unter die politischen Vereine gezählt werden. Mit diesem ganz selbstverständlichen Grundfah konnten und können sich aber die unteren Organe nicht immer abfinden, insbesondere auch sie die Gewohnheit ihre Ämte nennen. Und so ist denn an Versuchen, die Gewerkschaften durch gerichtliches Erkenntnis politisch stempeln zu lassen, in den letzten Monaten fürwahr kein Mangel gewesen. Da hat man z. B. aus der politischen Betätigung der Hauptvorstandsmitglieder des Malerverbandes als Hamburger Staatsbürger in Thron gefolgt, genannte Organisation wäre ein politischer Verein. Neben dieser noch nicht erledigten Sache interessiert besonders ein Fall des Bergarbeiterverbandes. Um dessen Zahlstelle Bochum kann der Streit politisch oder nicht, gar nicht zur Ruhe kommen. Im Jahre 1902 hat das Landgericht Bochum schon einmal entschieden, daß der Deutsche Bergarbeiterverband nicht als politisch anzusehen sei. Ein Schöffengericht jener Gegend hat später jedoch einen andern Standpunkt eingenommen. Die Strafkammer in Münster pflichtete jedoch dem Landgericht in Bochum bei. Das Oberlandesgericht in Hamm hob das freisprechende Urteil indes auf. Darauf erkannte man in Münster wieder im Gegenfah zum Oberlandesgericht. Auch dieses Urteil wurde aufgehoben und nun das Landgericht in Dortmund mit diesem weltbewegenden Rechtsbündel betraut. Dieses sprach die angeklagten Vorstandsmitglieder vor einiger Zeit frei, weil ihnen das Verwendsein des rechtswidrigen Verhaltens gefehlt habe, politisch sei der Verein allerdings. Dieser Ausgang wäre zum Lachen, wenn nicht in den Diskussionen über das Unglück auf Besse, „Radbob“, über die Sicherung in den Gruben, über Knappschafverhältnisse usw. eine politische Tätigkeit erblickt worden wäre. Sozialpolitische Fragen einerseits und rein berufliche Angelegenheiten zum andern können aber doch unmöglich als politische Betätigung angesehen werden. Dann wären ja so ziemlich alle beruflichen und gewerblichen Interessenwahrnehmungen politische Fragen, und jede Art von Beschäftigung mit solchen nachliegenden Angelegenheiten in Fach- oder wirtschaftlichen Organisationen würde dieselben zu politischen Vereinen machen.

Von den wissenschaftlichen, den Künstler-, den Geselligkeits- und den Kriegervereinen abgesehen, wären dann ja alle andern politische Vereine! Wenn die Gerichte wirklich so überlastet sind, dann könnten sie von solcher höchst unnützer Arbeit jedenfalls am ehesten befreit werden. Und sollte ein solcher Fortschritt, der übrigens schon in der Tendenz des Reichsvereinsgesetzes liegt, den Vater Staat gar zu sehr erschüttern, dann könnte doch wenigstens bei dem Landgerichte dem graufamen Spiele bereits ein Ende gemacht werden. Ein Ende insofern, als man der gesunden Lebensauffassung Rechnung trägt, was in unsern Gerichtssälen sehr not tut und welcher Notwendigkeit durch die jüngsten Ereignisse in den Hallen der Rhemis hoffentlich ein kräftiger Impuls gegeben worden ist. Daß in dieser Beziehung auch in Juristenkreisen das Bestreben obwaltet, neue, den praktischen und faktischen Verhältnissen sich anpassende Wege einzuschlagen, darauf deutet auch die Veranstaltung einer Konferenz zum 19. Februar in Berlin hin. Von den Oberlandesgerichtssitzen Jena und Hamm aus sind schon vor längerer Zeit Anrufe ergangen, und was darin zum Ausdruck kam, gipfelt in dem alten Verlangen: Rechtspredung und Volksanschauung, Richter und Volk, Gesetz und Laienverstand einander näher zu bringen; daß der Richter unter größerer Berücksichtigung des sozialen Lebens und der wirtschaftlichen Bedürfnisse die Gesetze tiefer erfassen lerne; daß der Buchstabe nicht als unsrer Rechtspredung als mit dem lebendigen Geist unsrer Zeit in Widerspruch stehend gebannt werde. Wohl ist auch eine Strafrechtsreform im Gange. Diese von derartigen Diskussionen unter den vorwärtsgehenden Männern der Rechtswissenschaft befruchteten zu lassen, erweist nach den mancherlei Vorgängen und Debatten im Reichs- und im preussischen Landtag darüber nur wünschenswert. Die Arbeiterchaft hat das größte Interesse, daß solche Strömungen nicht erfanden. Wenn Recht Recht bleiben soll, müßte, sofern die vorstehend geschilderten Revisionenversuche an den Gewerkschaften trotz ihrer totalen Ausichtslosigkeit fortgesetzt werden sollten, die politische Betätigung der Unternehmungsorganisationen mit dem gleichen Maße der Unzulänglichkeit gemessen und den Arbeitgeberverbänden könnten dann mit derselben Befugnis die gleichen behördlichen und gerichtlichen Scherereien bereitet werden. Denn wenn diese sich in ihrer großen Mehrzahl als Vorhann für alle rücksichtlichen und arbeiterfeindlichen Gelüste gebrauchen lassen und, wie damals bei der Buchstausvorlage, politische Aktionen auch finanziell zu fördern bereit sind und bei dem letztmaligen Erwachen der Hydra der Reaktion ebenfalls mit ihren reichen Geldmitteln helfend beispinnen wollten, dann ist es doch mit der politischen Neutralität der Unternehmungsorganisationen gewiß ein ganz eignes Ding. Der Reichstagswahlsond der Großindustriellen ist sicherlich der deutlichste Ausdruck, daß man sich nicht für geringste Gelegenheit „auf eine einschneidende politische Betätigung“ innerhalb wie außerhalb der Unternehmungsorganisationen mit allem Nachdrucke hin zu arbeiten. Wir können dieses äußerst ergiebige Kapitel in diesem Rahmen nicht ausführlicher behandeln, es wird sich schon eine besondere Gelegenheit dafür finden. Das aber steht fest: Die Augen lächeln nie so verächtlich, als wenn die Gerichte und die Verwaltungsbehörden sich um den Nachweis der politischen Betätigung der Gewerkschaften abquälen und die dummen, dummen Arbeiter den mit Wiedermanns- und Vaterlandsretternie geschickt operierenden Unternehmungen wie den Vertretern einer andern einflussreichen Fakultät auf den Leim kriechen und sich im Interesse der diversen lachenden Dritten vor lauter Neutralitätsrummel liebevoll die Schadel einschlagen. Ach, leben wir doch in einem aufgeklärten Jahrhundert!

Auch bei den Buchdruckern gibt es leider noch einen Prozentsatz von Berufsgeossen, die auf jeden falschen Neutralitätslärm prompt hereinfallen. Wenn diese doch wüßten, daß sie in keiner andern Gewerkschaft und am wenigsten bei den andern Nüchtungen eine solche persönliche Meinungsfreiheit haben als in unserm Verband! Würden sie, die ja fast ausnahmslos zu dem organisierten Nachwuchs zählen, erst lesen können, mit welchem Freimuth der „Korr.“ von allem Anfang an auch alle öffentlichen Vorgänge objektiv aber scharf beurteilt hat, sie kämen jedenfalls von einem Staunen in andre und würden dann wohl einsehen, daß sie nur die Geschäfte der Gegner unsrer Organisation wie jeder positiven Gewerkschaftsarbeit besorgen, wenn sie nicht darauf hören, was neun Zehntel der eignen Kameraden fühlen und sagen, sondern was unsre Feinde berechnend gegen das austreten, was jedem wahren Verbandsmitglied das nächste und höchste sein muß: unsre Organisation. Es traf sich wunderbar und ist für die Eingangsnotizen dieser Revue wieder eine Bestätigung, daß zur selbigen Zeit, wo ein kleiner Kreis von Kollegen unbewußt gewissen Eindrücken erlag, eine Angestelltenvereinigung in lapidarer Form zu der Frage Stellung nahm, die Nutzenheben mit aller Gewalt in unsre Organisation hineingetragen hatten. Allerdings mit einem Ergebnis, der sie zu einem nochmaligen Wiederkommen kaum ermuntern dürfte. Die Organisation der technisch-industriellen Beamten, eine weber den freien Gewerkschaften noch einer andern Richtung angehörende Vereinigung von Privatangeestellten — was wir sehr zu beachten bitten —, die sich schon verschiedentlich mit der Neutralitätsfrage beschäftigt hat, und zwar stets im fortschrittlichen und nie in dem demagogischen Sinne derer, die die Geschäfte anderer besorgender, nicht aber Arbeiterinteressen in erster Linie vertretenden sogenannten christlichen Gewerkschaften, nahm auf ihrem fünften Bundestage nämlich folgende Resolution an:

Der rücksichtliche Geist, von dem die gesamte Gesetzgebung beherrscht wird und der zu einem völligen Stillstand in der Sozialpolitik und zu einer Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Angestellten geführt hat, verpöcht die technischen Privatangeestellten, sich über den Rahmen der gewerkschaftlichen Arbeit hinaus für ihre Interessen einzusetzen. Im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen fordert darüber der fünfte ordentliche Bundestag der technisch-industriellen Beamten die technischen Privatangeestellten dringend auf, sich politisch zu organisieren und innerhalb ihrer Partei für einen gründlichen Umfchwung einzutreten.

Diese Entschlieung fand einstimmige Annahme! Sie entspricht durchaus unsrer Auffassung von der Notwendigkeit der Zeit und besagt nicht mit einem Wort etwas, was der persönlichen Überzeugung des einzelnen nicht jegliche Freiheit ließe. Aber trotzdem hat der „Korr.“ nicht einmal in dieser peremptorischen Weise von dem Erfordernisse für denkende Männer gesprochen. Die Kollegen, die — wir sagen lokalerweise noch einmal unbewußt — uns eines schweren Neutralitätsbruchs zeihen, werden nun wohl einsehen, daß es eben noch andre Auffassungen über die Neutralität der Gewerkschaften und die Rechte und Pflichten des Arbeiters als Staatsbürger gibt, wie sie sein, sehr sein spekulierend bei unsren Gegnern zu Hause sind. Eine solche Fehleinsicht ist einfach verächtlich! Wir haben den Schwerpunkt der Förderung der Arbeiterinteressen von jeher in die Gewerkschaften gelegt und werden das auch fernerhin so halten. Über bei dem jetzigen Ineinanderklaffen von wirtschaftlichen und politischen Fragen und der leider immer häufiger werdenden Gefährdung unsrer wirtschaftlichen Interessen durch die Gesetzgebung haben wir unsre Aufmerksamkeit eben auch auf diesen Punkt zu lenken. Professor Werner Sombart hat da vollständig recht, wenn er in seinem Buche „Democh“ sagt:

Es ist eine Kurzsichtigkeit und der Engherzigkeit, wenn mancher warme Freund der Gewerkschaften hofft oder rät, daß die Arbeiterchaft sich von der Betätigung ihrer politischen Interessen abwenden möge. Gerade bei der Kaufmann trotz der Handelskammern, der Handwerker trotz der Innungen nicht aufhören wird, sich auch als solcher politisch zu betätigen, so kann man es billigerweise auch vom Arbeiter nicht verlangen, daß er unpolitisch werde, oder daß er sich den politischen Bestrebungen anderer sozialer Klassen bedingungslos anschließe. Er hat ein Recht auf die tatkräftige Vertretung seiner Interessen im politischen Machtkampf ebenso wie der Junter, der Bauer.

Wir meinen, solche Anschauungen wären doch weit eher zu bezeichnen als der falsche Neutralitätslärm aus Preisen und von Leuten, die alle ein selbstständiges Interesse daran haben; dem Gutenzund über seine nun bald 18 Jahre währende englische Krankheit hinwegzuhelfen und unsre Organisation zu schädigen. Wie sich des Wirtes des reuften, in W. Gladbach bis zum totalen Stumpfsein abgerichtete Neugte gegenwärtig in „Typograph“ mit der Neutralität des Verbandes abquält, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, daß dieses Thema aller angehenden Eigenschaften schon so völlig entkleidet ist, daß nur noch die Unheilschleife und die Verlogenheit sowie bis zum Kreterismus gesteigerte Verblöschung dabei auf ihre Rechnung kommen können.

Ja und nun sollte wie auf der Hochzeit zu Kana das Beste zuletzt aufgesetzt werden, da nach aber der Metzger mit entsetzten Mienen und gebietet der Feder Ruhe: die Nummer ist schon doppelt voll! Also Schluß denn für diesmal.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht.

Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts.

Dem Reichstag ist am 11. Februar schon der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für 1910 zugegangen. In demselben wird darauf hingewiesen, daß auf eine noch größere Beschleunigung des Geschäftsverkehrs hingewirkt werde. Was die Herausgabe des Geschäftsberichts anbetrifft, so muß konstatiert werden, daß diese mit größter Beschleunigung erfolgt ist. Von der Erledigung der beim Reichsversicherungsamt eingehenden Beschwerden, Rekurse, Streitigkeiten und Revisionen kann dies jedoch nicht immer gesagt werden. Im Jahre 1910 gingen 44182 Streitfahen ein, vom Jahre 1909 wurden als unerledigt übernommen 20866, in Summa waren also zu erledigen 65048 Sachen. Davon wurden 1910 erledigt 40648, unerledigt verblieben für das Jahr 1911 24400. Rekurse und Revisionen in Unfall- und Invalidenfahen werden in der Regel erst nach 5-6 Monaten verhandelt, sofern sich aber die Einholung von Obergutachten oder sonstige Weiserehebung nötig macht, dauert die Erledigung noch viel länger. Wurden doch von den in Unfallfahen im Jahre 1910 eingelegten 25880 Rekursen nur 8234 erledigt und 17646 als unerledigt in das Jahr 1911 übernommen. Hier muß auf eine noch schnellere Erledigung hingewirkt werden.

Nach einer vorläufigen Ermittlung wurden nun im Berichtsjahre 675905 Unfälle angemeldet, die Zahl der erstmalig entschädigten betrug 132718. In Entschädigungen (Renten usw.) wurden nach einer vorläufigen Ermittlung 165277334 Mk. gegen 161332900 Mk. im Jahre 1909 ausbezahlt. Entschädigungen wurden 1910 gezahlt oder angewiesen an:

Bezirksmitteln 40 Mk. bewilligt. Die Mitgliederbewegung war eine stabile. Am Anfang des Berichtsjahrs hatten wir einen Bestand von 177 Mitgliedern und am Ende 180. Die Bibliothek umfaßt 506 Bände und wurde rege benutzt. Im Gewerkschaftskartelle sind wir durch drei Delegierte vertreten. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden 100 Mk. abgefordert. — Nürnberg a. W. Die Mitglieder (18—20) bekundeten im vergangenen Jahr an allen gewerkschaftlichen Fragen überhaupt, wie an denen unseres Verbandes insbesondere, reges Interesse. Es sind drei Druckereien am Orte, jede gibt eine Tageszeitung heraus. Kollege Jakob Schmidt (Vremen) hielt bei der hier abgehaltenen Bezirksversammlung einen Vortrag über Schiedsgerichtsentscheidungen. Kollege Oßler berichtete über die Gausvorsteherkonferenz. Unsere Sympathie mit den ausgesperrten Bauarbeitern bezeugten wir durch eine Extrabeitragszahlung, die 38,50 Mk. ergab. Ein Nichtmitglied haben wir seit Jahren hier, Gutenberglinder keine. — Neubabelsberg. Durch die im Mai vorigen Jahres einsetzende Geschäftskrise in der am hiesigen Orte befindlichen größten Druckerei, welche sodann das ganze Jahr hindurch anhält, sank der Mitgliederstand von 84 auf 67 herab. Trotzdem mußte noch während dieser ganzen Zeit abwesend ausgepostet werden, um weitere Entlassungen zu vermeiden. Der Konditionslostenstand war daher auch ein außerordentlich hoher. In Vorträgen wurden fünf gehalten, und zwar sprachen: Kollege Klaas (Schweben) über „Der Generalfreie in Schweden im Jahre 1909“, Arbeiterssekretär Müller (Berlin) über „Deutsche und amerikanische Gewerkschaftstaktik“, Kollege Graumann über „Gewerkschaftliche Betrachtungen“, Kollege Hannad über „Ausblick zur nächstjährigen Tarifrevision“ und Arbeiterssekretär Ritter aus Berlin über „Die moderne Sozialpolitik“. Zudem kam der Versammlungsbesuch nicht ans Vorjahr heran, waren doch im Durchschnitt die Versammlungen nur von 47 Proz. der Mitglieder besucht (im Vorjahre 51 Proz.). Im Laufe des Jahres gelang es uns, die Kollegen im benachbarten Druckorte Wannsee dem Verbandsbezug zuzuführen, worauf in der dortigen Druckerei die Tarifanerkennung durchgedrückt werden konnte. Der Ortsverein zeigt sich nunmehr aus drei Druckorten mit vier Druckereien zusammen. Die Benutzung der Bibliothek war befriedigend. Durchschnittsmitgliederzahl 79. — Neudamm. Das abgelaufene Berichtsjahr war für uns ein nicht gerade glanzvolles. Der Ortsverein zählt jetzt 56 Mitglieder. Kurz nach der Gründung des Vereins im Jahre 1907 hatten wir die stolze Mitgliederziffer von 75 erreicht. Zwar gelang es uns auch diesmal wieder, die Neuausgewählten für unsere Sache zu gewinnen, doch hatten wir große Verluste durch Kündigungen wegen Arbeitsmangel, durch freiwilliges Aufhören und durch Eintritt zum Militär. Sämtliche Mitglieder konditionieren bei der Firma J. Neumann, woselbst von den vorhandenen Nichtmitgliedern etwa 25 der Prinzipalstafel angehören. Eine Druckerei, in welcher eine herabgesetzte Zahl von Prinzipalstafelmitgliedern vereinigt ist, dürfte immerhin eine Seltenheit sein. Es handelt sich hier um einen sehr alten Stamm Getreuer. Der Besuch unserer Versammlungen war ein befriedigender. Zum Johannisfest hatte Gausvorsteher Hannad (Stettin) die Festrede übernommen. Der vielfache Wechsel in der Besetzung der Vorstandämter machte sich natürlich in der Führung der Ortsvereinsgeschäfte unangenehm bemerkbar. Für die ausgesperrten Bauarbeiter brachten wir die Summe von 68 Mk. auf. Für die berufliche Fortbildung sorgen die Graphische Vereinigung und der Maschinenmeisterverein. Die Förderung der Kollegialität läßt sich der Gesangsverein „Typographia“ aneignen sein. Außerdem besitzen wir eine recht stattliche Ortsvereinsbibliothek. — Neuwied. Die Geschäfte des Ortsvereins wurden in elf ordentlichen und einer außerordentlichen Versammlung erledigt. Der Versammlungsbesuch war mit 67 Proz. als ein guter zu bezeichnen. Die Mitgliederzahl stieg im vergangenen Jahre von 46 auf 52. Die Marke N.-V. ist mit 21 Mann vertreten; Gutenberglinder sind dagegen keine vorhanden. Kollege Kraus (Essen) hielt ein Referat über: „Arbeitsvereine, ihre Geschichte und ihre Kampfmittel“. In tariflicher Hinsicht ist auch ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen, da die Firma J. S. Krämer nach, den Tarif schriftlich anerkannte. Die Firma Häuser bleibt nach wie vor das Schmerzenskind für unsern Ort. Löhne werden in dieser Druckerei bezahlt von 13 bis 25 Mk. Für die Bauarbeiter wurden aus der Ortskasse 10 Mk. bewilligt sowie ein Extrabeitrag von 10 Pf. erhoben. Unsere Bibliothek wurde der Zentralbibliothek des Gewerkschaftskartells angegliedert und unterhält der Ortsverein nur eine Fachbibliothek, die von den Kollegen eifrig benutzt wird. — Nördlingen. Der Geschäftsgang war im abgelaufenen Jahr ein guter. Versammlungen fanden sieben statt. Der Versammlungsbesuch war ein guter, besonders die jungen Kollegen zeigten großes Interesse. Der Mitgliederstand betrug Anfang des Jahres 55, am Ende 54. Nichtmitglieder sowie Marke Gutenberglinder sind nicht am Orte. Für die ausgesperrten Bauarbeiter wurden 69,40 Mk. aufgebracht, teilweise durch Leistung der Ortskasse und Extraaufstützung. Die Beziehungen zu den anderen Gewerkschaften sind als gute zu bezeichnen. — Offenbach a. Main. Das vergangene Jahr war ein ziemlich ruhiges. Die Verbandsgeschäfte wurden in neun Bezirksversammlungen und einer Generalversammlung erledigt. Der Mitgliederstand betrug am Anfang des Jahres 245, am Schlusse 254, waren fünf Gutenberglinder und ein Mitglied der Prinzipalstafel gegenüberstehen. Bis auf eine Druckerei, in der Gehilfen überhaupt nicht beschäftigt werden, sind sämtliche Firmen tariflos. In Vorträgen wurden gehalten: „Gewerbeinspektion, Wohnungsfürsorge und Kinderfürsorge in Hessen“

(Sekretär Hirsch); „Berichterstattung von der Gausvorsteherkonferenz“ (Kollege C. Dominé); „Witz und Satire als Waffen im Kampfe des öffentlichen Lebens“ (Redakteur Kaul); „Sexualprobleme“ (Redakteur Brühns); „Christliche Gewerkschaftsbewegung“ (Kollege Wense); „Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft im Kampfe gegen das kapitalistische System“ (Ingenieur Xrenn von der Kulturgesellschaft Ernst Liebe). Der „Korr.“ ist seit Jahren obligatorisch (pro Mitglied ein Exemplar) eingepflichtet. An die ausgesperrten Bauarbeiter wurden 350 Mk. abgefordert. Der unterhaltene Teil unserer Bibliothek ist der Zentralbibliothek angegliedert, während der technische Teil der Graphischen Vereinigung überwiesen ist, an deren Versammlungsabenden derselbe jedem Kollegen zur Verfügung steht. Es würde überhaupt nichts verschlagen, wenn der Graphischen Vereinigung für ihre Mißverwaltung mehr Interesse entgegengebracht würde. Das Versammlungsleben läßt im allgemeinen zu wünschen übrig. Die Höchstzahl der Besucher betrug im letzten Jahre 78. Ein großer Teil, speziell ältere Kollegen, erscheinen prinzipiell nicht, sie ruhen aus auf der „erzwingenen Vorbereitung“. Sehr richtig bemerkte kürzlich die „Korr.“-Redaktion in einem analogen Falle: „Der Schlaf ist der Bruder des Lobes“. Auch des Gesangsvereins „Gutenbergl“, der sich jederzeit willig in den Dienst unserer Sache stellte, sei gedacht, und wünschen wir auch ihm mehr Beachtung.

Korrespondenzen.

D. Alzen (Rheinl.). Der hiesige Ortsverein hielt am 5. Februar seine Generalversammlung ab, die gut besucht war; auch der Bezirksvorsteher Conradi (Mainz) war hierzu erschienen. Der Vorsitzende erstattete nach einigen Mitteilungen den ausführlichen Jahres- und Kassensbericht. Eine längere und lebhaft diskutierte Besprechung bei der Vorstandswahl ein, da der bisherige Vorsitzende infolge verschiedener unzulässiger Vorkommnisse eine Wiederwahl ablehnte. Bezirksvorsteher Conradi nahm das Wort zu längerer Ausführungen, in welchen er dem bisherigen Vorsitzenden Dank und Anerkennung zollte für seine musterhafte Tätigkeit und forderte die Kollegen auf, mehr wie bisher hinter ihrem Vertrauensmanne zu stehen. Geeruchte den Kollegen Rutzus, das Amt des Vorsitzenden wieder zu übernehmen. Schließlich ließ sich Kollege Rutzus wieder herbei, die Wahl anzunehmen. Unter „Verschiedenes“ wurden einige lokale Angelegenheiten zur Sprache gebracht und der Vorsitzende schloß mit einem Appell an die Kollegen die Versammlung.

Burgdorf (Hannover). Die Generalversammlung, die am 3. Februar stattfand, befaßte sich mit der Jahresabrechnung. Der Vorsitzende erläuterte den Verlauf des vergangenen Berichtsjahrs. Als Vorsitzender wurde Kollege Schöpe wiedergewählt. Das Stillsitzfest findet am 4. März statt. Zweck der Gründung einer Bibliothek werden alle Ortsvereine gebeten, eventuell doppel vorhandene Bücher uns gefälligst zuzumachen zu lassen.

Bezirk Darmstadt. Der Besuch der am 29. Januar stattgehabten Generalversammlung hätte angesichts der bevorstehenden Tarifberatung besser sein können, denn nur 170 Mitglieder von 360 hatten der Einladung Folge geleistet; eine Interesslosigkeit, die nicht scharf genug beurteilt werden kann. Im Laufe der Versammlung wurde zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen Zimmer und Keerl in der üblichen Weise geehrt. Weiter wurde mitgeteilt, daß der Bezirk sieben Delegierte zum Goutage zu wählen hat, was in der nächsten Bezirksversammlung geschehen soll. Es folgte sodann der Jahresbericht des Vorsitzenden, der an anderer Stelle wiedergegeben wird. Bei der Wahl des Vorstandes war man allgemein der Ansicht, daß dieser im abgelaufenen Berichtsjahre seine Schuldbiligkeit getan hat, weshalb fast einstimmige Wiederwahl erfolgte. Ebenfalls einstimmig wurde eine siebenköpfige Tarifkommission gewählt, die durch je einen Kollegen aus den drei Bezirksdruckereien ergänzt wird. In eine geregelte Geschäftsführung und zugleich einen Ausweis herbeizuführen, sollen Quittungsbücher angelegt werden. Zum Schluß wurde der Ortsvereiner Wensheim-Huppenheim und Groß-Gerau sowie der Mitgliedschaft Erbach ein Geldbetrag zu ihren Kosten bewilligt, worauf die ruhig und sachlich verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen wurde.

Deggendorf. Am 2. Februar fand im Vereinslokale die Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins statt, welche von sämtlichen hiesigen Kollegen besucht war. Auch an die Kollegen des Bezirks Deggendorf war Einladung ergangen, doch hatte dieser Einladung nur ein Kollege von Ditzhosen Folge geleistet. Der Vorsitzende Gasentopf gab einen kurzen Bericht über das vergangene Jahr, und Kassierer Dachs erstattete den Kassensbericht, aus dem zu ersehen war, daß die finanziellen Verhältnisse gute sind. Bei der Neuwahl der Vorstandschaft trat beim Schriftführerposten eine Änderung ein. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende zu treuem Zusammenhalten im kommenden Jahr und nahm auch noch den Gutenberglunder unter die Lupe, die Kollegen auffordernd, jede Litigation dieser gelben Organisation, von welcher Seite diese auch ausgehe, zurückzuweisen.

Gnesen. Am 5. Februar hielt der Ortsverein Gnesen-Wreschen seine Generalversammlung hierorts ab. Sie war vollständig besucht. Aus dem Jahresberichte ist die Tarifanerkennung zweier Firmen und der Zusammenschluß des Ortsvereins Gnesen mit der Mitgliedschaft Wreschen zu erwähnen. Bei der Vorstandswahl wurde

Kollege Karmolinski als Vorsitzender wieder- und Kollege Kreisfmann als Kassierer neu gewählt. Sodann fand eine Stellungnahme zur bevorstehenden Tarifrevision statt. Zu diesem Zwecke war auch der Gausvorsteher Wagner aus Posen anwesend. Die Wünsche der hiesigen Mitglieder wurden durch den Vorsitzenden kund getan. Hierauf ergriff Kollege Wagner das Wort und überließ sich in einem etwa fünfminütigen Vortrag in überaus belehrenden und beherzigenswerten Worten seines Referats. Mit einem Appell an die Mitglieder, stets einen regen Versammlungsbesuch zu bezeugen, schloß die recht harmonisch verlaufene Versammlung.

Göttingen. Fast vollständig hatten sich die Buchdrucker Göttingens (15 Verbänder und 15 Gutenberglinder) zu einer allgemeinen Buchdrucker-Versammlung am 5. Februar im „Thüringer Hof“ eingefunden. In Stelle des leider verhinderten Kollegen Kraft war Kollege Helmholz von der „Korr.“-Redaktion erschienen, um uns ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat zu halten über das Thema: „Welche Wege haben die deutschen Buchdrucker zu gehen?“ Der Redner vertrat es in ausgezeichneter Weise, seine Zuhörer zu fesseln. Klar und verständlich zeichnete er ein Bild von der Geschichte des Verbandes und seinen natürlichen und unnatürlichen Gegnern, in vornehmer Weise alle Schärpen vermeidend. Nur eine einheitliche Organisation, die sich nicht beschwern mit konfessionellen und parteipolitischen Bestrebungen, sei in der Lage, die wirtschaftliche Lage der Gehilfenerschaft zu verbessern. In der Diskussion suchte ein Bündler an der Hand zusammengepackten Materials zu beweisen, daß der Verband sozialdemokratisch sei. Ferner behauptete er, in verschiedenen Orten, z. B. in Hameln, arbeiten die Verbänder bei Firmen, die den Tarif nicht anerkannt hätten. Auf diese letzte Unschönung konnte der anwesende Gausvorsteher Rosenbruch gleich die richtige Antwort geben. Gerade in Hameln, wo die Bündler in der nichttariftreuen Druckerei Niemeyer stehen, wurden sie von Verbandsseite für ein Vorgehen gewonnen. Als es aber zum Klappen kommen sollte, wurde vom Augenbunde zum Rückzuge geblasen. Die Bündler fielen um und schafften noch heute ruhig dort weiter! Wenn es aber noch gelingen sollte, die Firma der Tarifgemeinschaft zuzuführen, werden die Bündler es natürlich nicht veräumen, sich mit dem bekannten Ruf ihrer „Tarifstreue“ noch nachträglich zu bekledern. Ein anderer von Reismann-Grone (Essen) nach hier gekommener Bündler gestattete sich die Anfrage, wo die 8000 durch den Bund gezogenen Mitglieder seien? Er erhielt durch einen Zufallsruf eine krafftige Antwort. In seinem Schlussworte war es dem Referenten ein leichtes, alle vorgebrachten Argumente der Bündler zu widerlegen. Da der Prinzipal der Göttinger Bundesdomäne, Hubert, selbst Mitglied des Gutenberglbundes ist, wird es natürlich den hiesigen Bündlern schwer werden, die Konsequenzen aus der beherzigenswerten Darlegung zu ziehen. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen. — Im selben Lokale tagte am Nachmittag die Bezirksversammlung, welche sowohl vom Vororte wie aus Herzberg, Duderstadt, Münden und Northeim gut besucht war. Nach Erstattung des Jahresberichts durch den Vorsitzenden gab Kollege K. Rosenbruch (Hannover) in kurzen Worten Bunte und Ratsschläge für die Untertage zur kommenden Tarifbewegung. Dieses hatte zur Folge, daß die gestellten Vorschläge zugunsten eines Vorstandsantrags zurückgezogen wurden. Bei der Aufstellung von Kandidaten zur Vorstandswahl erklärte sich der Vorsitzende Bornemann angesichts der Tarifkampagne noch einmal bereit, sein Amt auf ein Jahr zu übernehmen.

Königsberg i. Pr. Der hiesige Ortsverein hielt am 29. Januar seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Besuch ließ leider zu wünschen übrig; von 407 am Orte konditionierenden Mitgliedern waren 163 anwesend. Nach einigen Bemerkungen des Vorsitzenden zu dem Jahres- und Kassensbericht, der gedruckt vorlag, wurde dem Vorstande Decharge erteilt. Der alte Vorstand wurde bis auf den Bibliothekar wiedergewählt. Die übrigen Punkte waren lokaler Natur. — Zur Tarifrevision hatte der hiesige Ort schon in der vorhergehenden Versammlung Stellung genommen. Nach einem Referate des Gausvorstehers Reisker über: „Die bevorstehende Tarifrevision“, das beifällig aufgenommen wurde, fanden die gestellten Vorschläge einstimmige Annahme. Auch wurde eine Kommission gewählt, die sich mit den gestellten und noch zu stellenden Vorschlägen beschäftigen soll. In dieser Versammlung war der Besuch ein besserer.

Königsberg i. Pr. Am 5. Februar hielt der Maschinenvereiner für Ditzporenen seine Generalversammlung ab, zu welcher Delegierte aus Altmstein, Braunsberg, Marggrabowa, Memel und Tilsit sowie Vertreter des Gaus und des Ortsvereins erschienen waren. Für die Provinzkollegen fand vor der Versammlung eine Besichtigung der „Deal“-Maschine in der „Allgemeinen Zeitung“ statt. Nach Erstattung des Jahresberichts durch den Vorsitzenden wurde in der Beratung der zu stellenden Vorschläge zur Tarifrevision eingetreten. Der gesamte Vorstand wurde per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende J. Knoblauch hielt einen Vortrag über: „Die kommende Tarifrevision und die Maschinenfrage“, ebenso Kollege Melzer über: „Neuerwerbungen auf dem Sejmajngelände“. Beide Vorträge wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Im Anschluß an die Generalversammlung fand ein gemütlicher Vortragsabend statt, der bei Vorträgen aller Art die Kollegen noch einige Stunden beisammen hielt.

(a) Konstanz. (Maschinenmeister.) Seine diesjährige Generalversammlung hielt der hiesige Verein am 8. Februar ab. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Mit Genugtuung konnte er konstatieren, daß das Vereinsleben ein reges und der Besuch der Versammlungen ein sehr guter zu nennen sei. Der bisher amtierende Gesamtvorstand wurde per Akklamation wiedergewählt. Zur Tarifrevision wurde ebenfalls Stellung genommen, und werden unsere Stellungnahme und Anträge der Zentralkommission übermitteln. Mit einem Appell des Vorsitzenden, auch im neuen Vereinsjahre das alte rege Interesse zu betätigen, wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Reutlingen. Die am 29. Januar abgehaltene Generalversammlung nahm zunächst den Jahres- und den Kassenbericht entgegen. Der Vorstand erhielt den Auftrag, im Vereine mit den Druckereivertrauensmännern einen neuen Ortsvereinsstatutentwurf ausarbeiten und der nächsten Versammlung vorzulegen. Da über unser bisheriges Vereinslokal mehrfach Klage geführt worden war, wählte die Versammlung ein Adress-„Hotel am Schloß“. Über Anträge zur Tarifrevision wurde in einer außerordentlichen Versammlung schon früher Beschluß gefaßt.

Reutlingen (Württ.). Wohl noch selten hat unser Ort im „Korr.“ Ermähnung gefunden. Wenn es diesmal geschieht, dann ist es der Wunsch der Kollegen vom ganzen Ulgäu, die versammelt waren in Waldsee am 5. Februar, um zu beratshlagen über die Lage in unserm Verufe, speziell in Anbetracht der Tarifrevision. Dies und die Wahl eines Delegierten zum Gautage nach Stuttgart waren neben andern mehr internen Angelegenheiten die Hauptmerkmale der Versammlung. Zum Delegierten bzw. Stellvertreter wurden die Kollegen Fehr (Reutlingen) und Niebel (Waldsee) bestimmt. Der Erhöhung des Gaubetrags um 10 Pf. wurde zugestimmt. Von weiterem Interesse war auch der Vortrag des Kollegen Schmidt (Reutlingen) über die buchgewerbliche Lage, namentlich in früherer Zeit. Kurz, es war eine sehr interessante Versammlung, der auch einige Wiberacher Kollegen als Gäste anwohnten.

Waldsee i. Ulg. In der am 5. Februar von 62 Mitgliedern besuchten Bezirksversammlung erstattete der Vorsitzende nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen den Jahresbericht. Nach Entgegennahme des Kassenberichts wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Der bisherige Vorstand mit Ausnahme des Kassierers, für welchen wegen Konditionsannahme nach auswärts Kollege Emil Schmitt als Kassierer fungiert, wurde wiedergewählt. Ein Vorschlag des Vorstandes, monatliche Mitteilungen zu veröffentlichen, wurde zum Beschluß erhoben. Diese verfolgen hauptsächlich den Zweck, die Mitglieder über die einschlägigsten Bestimmungen des Tarifs und des Verbandsstatuts aufzuklären. Auch sollen die monatlichen Abrechnungen der Unterkaufhäuser der einzelnen Druckereien mit zur Veröffentlichung gelangen.

Bl. Münden. (Papstischer Korrektorenverein.) In der ordentlichen Generalversammlung am 5. Februar wurde der den Mitgliedern gedruckt vorliegende Jahresbericht, aus dem an anderer Stelle Auszüge veröffentlicht werden, ohne Einwendung gutgeheißen und der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt; der Schriftführer wurde neugewählt. Der Antrag des Vorstandes, an Stelle der im Statute vorgesehenen Kreisversammlung vor dem deutschen Korrektorenstage verschiedene Bezirksversammlungen abzuhalten, fand ebenfalls einstimmige Annahme. Am Schluß der Versammlung fand noch eine eingehende Aussprache über technische Fragen statt und wurden nochmals die zur Tarifberatung zu stellenden Anträge einer Besprechung unterzogen.

Oberndorf a. N. Der hiesige, nummere 31 Mitglieder zählende Ortsverein hielt am 30. Januar seine Generalversammlung ab. Vom Vertrauensmann wurde der Rechenschaftsbericht erstattet. Der Kassenbericht lautete günstig. Einstimmig wurde Kollege Schär als Vertrauensmann wiedergewählt und ihm entsprechender Dank für seine Mithilfe ausgesprochen. Unter andern wurde der Beitritt zu dem im Werden begriffenen Gewerkschaftsstatute beschlossen. Dem vom Gauvorstand unterbreiteten Antrage betreffend Zuschuß zur Invalidentasse wurde zugestimmt. Ferner wurden sowohl zum Gautage wie zur Tarifrevision verschiedene Anträge gestellt. Anschließend folgten der Rechenschafts- und Kassenbericht des Bezirksvereins, letzterer ebenfalls nicht ungünstig lautend. Die folgenden Wahlen zum Bezirksvorstand ergaben keine Änderung. Bedauert wurde, daß zu der am 19. Februar hier stattfindenden Bezirksversammlung wieder kein Vertreter des Gau sein Ergehen zuzagen konnte. Zu erstem gewerkschaftlichem Pflichtbewußtsein in der bevorstehenden bedeutungsvollen Zeit ermahnen, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Offenbach a. M. (Gaugeneralversammlung der Maschinenfabrikvereinigung Frankfurt-Hessen.) Die diesjährige Generalversammlung fand im Zeichen der bevorstehenden Tarifberatung resp. -revision. Die eingegangenen Anträge der Bezirke Frankfurt, Offenbach und Sieben fanden dann auch nach langen Beratungen sämtlich einstimmige Annahme. Beim „Bericht aus den einzelnen Bezirken“ wurde das Verhältnis eines „Tippers“ in Herborn zu seinem Arbeitgeber besonders beleuchtet. Bringt es dieser Kollege (er ist N.-V.) doch fertig, von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr bei einstuündiger Mittagspause und je einviertelstündiger Frühstücks- und Wesperrpause bei einer Entlohnung von 23 Mk. pro Woche

zu arbeiten. Überdies soll nach Meinung des Bringpals der betreffende Geher den geringen Lohn nicht verdienen. Es wird in allerhöchster Zeit Vbhilfe geschaffen werden müssen. Sonst lauten die Berichte allgemein gut, darüber gibt der inzwischen veranderte Jahresbericht des Gau die nötige Aufklärung. Als Gauvorsitzender wurde Kollege August Steinmann gewählt. — Nach Schluß der Versammlung, welche von 50 Proz. der Gaumitglieder besucht war, fand eine Familienfeier statt, welche, durch Gesangs- und humoristische Vorträge gewürzt, die Frankfurter und Offenbacher Kollegen bis zum „letzten Zug“ zusammenhielt. — Ein Demonstrationsvortrag am Doppeldecker des Kollegen Wüst im „Offenbacher Tageblatt“ ließ das Technische zur Geltung kommen, während am Schluß der Verhandlungen Kollege Steinmann die Verbesserungen der Victorine besprach.

Pöfen. Die am 4. Februar abgehaltene Generalversammlung des Maschinenfabrikvereins für den Bezirk Pöfen war leblich besucht; aus Lissa waren zwei Kollegen erschienen. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig. Eine lebhaft ausgeführte Aussprache zeitigte die „Stellung von Anträgen zur Tarifrevision“. Mehrere Anträge wurden angenommen und diese der Zentralkommission überwieft. Betreffs der Frage eines Delegierten zum kommenden Spartenkongresse war die Versammlung mit dem diesbezüglichen Vorschlag der Zentralkommission einverstanden. Nach Erstattung des Jahres- und des Kassenberichts wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Zum Schluß fanden noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung.

Regensburg. (Bezirksmaschinenmeisterklub.) Die am 4. Februar abgehaltene ordentliche Generalversammlung war gut besucht, was auch im Hinblick auf die umfangreiche und teilweise wichtige Tagesordnung nur zu begrüßen war. Die vom Vorsitzenden Löfcher und Kassierer Ziebauer gegebenen Berichte wurden nach kurzer Debatte genehmigt. Der nun folgende Vortrag: „Praktische Vorführung einer mechanischen Kreidereiherstellung“, durch Kollegen Falter fand ungeteilten Beifall. Für Überlassung des hierzu benötigten Materials sei auch hier der Firma Gesele bestens gedankt. Auch über die nun definitiv festgesetzte Fahrt nach Würzburg zur Besichtigung der Maschinenfabrik König & Bauer fand eingehende Besprechung statt. Bei der nun folgenden Neuwahl wurde der bisherige Vorstand, mit Ausnahme des Kassierers wiedergewählt.

Weimar. Die auf den 5. Februar d. J. einberufene Bezirksversammlung hatte sich eines verhältnismäßig guten Besuchs zu erfreuen. Eingeleitet wurde sie durch das vom Gauvereine „Butenberg“ (Weimar) eracht vorgetragene Lied „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, in dem er das verfloßene Jahr als ein ruhiges bezeichnete. Es fanden zwei Bezirksversammlungen statt: die Frühjahrsversammlung in Wolpa mit einem Referate des Ingenieurs Trenn (Jena) von der Kulturgesellschaft Ernst Abbe und eine außerordentliche mit einem Referate des Kollegen Böllin. In den zum Bezirk gehörigen Orten können die tariflichen und organisatorischen Verhältnisse als befriedigend angesehen werden. Eine Ausnahme macht nur Bad-Sulza, wo eine Tarifrevision vorderhand wohl ausgeschlossen sein dürfte. Die Versuche, die auch im letzten Jahr in dieser Hinsicht von verschiedenen Seiten dort unternommen wurden, scheiterten an dem Wiberstande des Prinzipals, des Herausgebers der „Thüringer Montagszeitung“. In Buttsfeld, wo bis zum vergangenen Jahr ähnliche mißliche Zustände wie in Bad-Sulza herrschten, konnte ein Ortsverein gegründet werden; aber auch hier hat der heitere Himmel vom vergangenen Sommer wieder dunklen Wolken Platz gemacht, indem die eine Firma der Tarifgemeinschaft Valet sagte und dadurch auch vier Gehilfen dem Verbanne. Nach Erledigung des Kassenberichts durch Kollegen Palm wurde in dem Hauptpunkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Tarifrevision“, eingetreten, wozu Gauvorsitzer Proor das Referat übernommen hatte. Der reiche Beifall, den seine Ausführungen hervorriefen, bewies das Einverständnis der Versammlung zu den vom Redner vorgeschlagenen Wegen. Eine diesbezügliche Resolution fand einstimmige Annahme. Sodann wurden für den Oktober d. J. in Saalfeld stattfindenden Gautage acht Kandidaten nominiert, von denen vier zu wählen sind. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden nur interne Angelegenheiten erörtert.

Wiesbaden. Die mittelhessische Maschinenmeisterkonferenz fand am 29. Januar hier statt. Vertreten waren durch Delegierte: Wschaffenburg, Darmstadt, Heidelberg, Kaiserslautern, Bimburg, Ludwigshafen, Mannheim, Mainz, Neustadt a. S., Saarbrücken, Trier, Wiesbaden und Worms. Pirmaisens hatte seine Vertretung abgelehnt. Der Obmann der mittelhessischen Maschinenmeister, Kollege Keller (Mannheim), begrüßte die Delegierten, die Gäste von auswärts und hier sowie den Gauvorsitzer und den Bezirksvorsitzenden, wobei er auf die Bedeutung des Jahres 1911 für uns hinwies. In erster Linie beschäftigte sich die Konferenz mit den Forderungen der Maschinenmeister zur Tarifrevision und überwieb die hierzu gestellten Anträge nach eingehender Besprechung, an der sich auch der Gauvorsitzer beteiligte, der Zentralkommission. Sodann wurde ein Antrag Darmstadt angenommen, der die Vereinigung aller Maschinenmeistervereine im Gau Mittelrhein zu einem Gauverein bezweckt. Ferner wurde die Einflüßung technischer Rundsendungen beschlossen und die Kollegen ersucht, sich selbst nicht mit Vorträgen zu beschäftigen, die auch wirklich praktischen Wert haben; in den Fachzeitschriften seien Artikel zu finden, die nur auf Feilscherei hinaus-

laufen. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde einstimmig Kollege Keller (Mannheim) nominiert. Die Aufstellung der Delegierten zum Maschinenmeisterkongresse wird in den Vereinen erliebt und als Ort für die nächste Konferenz Worms gewählt. Beim Punkte „Verschiedenes“ wurde der Wunsch laut, den Kommentar früher erscheinen zu lassen. Der Gauvorsitzer hielt das jedoch kaum für möglich und erläuterte die damit verbundenen Schwierigkeiten. Zum Schluß ersuchte noch der Obmann die Kollegen, bei in Aussicht genommenen Besichtigungen recht vorsichtig zu verfahren und sich auf keine Mittelperson zu verlassen. Mit einem Hoch auf unsern Verband schloß die anregend verlaufene Konferenz.

Rundschau.

Die Verantwortlichkeit des Unternehmers für Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften wurde neuerdings vom Reichsversicherungsamt in einer Klage gegen einen Buchdruckereibesitzer als unübertragbar präzipiert. Es handelte sich um die Verurteilung eines Prinzipals gegen eine ihm zudiktierte Geldstrafe durch die Berufsgenossenschaft. Die Strafe wurde über ihn verhängt, weil er an einer Tiegelmachine arbeiten ließ, deren Schutzvorrichtung in Reparatur war. Eine Anlegerin zog sich bei dieser Gelegenheit eine Handquetschung zu. Der Prinzipal begründete seine Berufung damit, daß er selbst zur Zeit des Unfalls verreist gewesen sei, und darum auch nur der Faktor oder Maschinenmeister für den Unfall verantwortlich zu machen wären. Diese Gründe erkannte jedoch das Reichsversicherungsamt nicht an. Es hielt nur den Betriebsunternehmer für verantwortlich, der es versäumt habe, dafür zu sorgen, daß die Unfallverhütungsvorschriften in seinem Betriebe gewissenhaft eingehalten werden. Nach § 15 des Gesetzes vom 30. Juni 1900 über Abänderung der Unfallverhütungsvorschriften ist dieses Urteil endgültig und damit für alle ähnlichen Fälle ein erster Hinweis gegeben, den berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften in Zukunft noch mehr Beachtung zu schenken als bisher.

Unter der Bezeichnung Monotypie wurde kürzlich eine technische Neuheit zum Patent angemeldet, die augenblicklich in der Fachpresse viel besprochen wird. Das Verfahren besteht im wesentlichen darin, daß auf einer mit Raster versehenen Matrize Figuren, Schriften usw. mittels verschleißener, besonders harter Stifte eingezeichnet werden, die sich dann beim Drude gegen das ähnlich der Stigmata geformte gepunzte oder auch schraffierte und karierte Muster abheben. Gegenwärtig besuchene Vertreter der Firma die Druckereien und bieten nicht nur den Prinzipalen, sondern auch Faktoren, Maschinenführern, Maschinenmeistern usw. den Apparat zum Kauf an. Der dafür geforderte Preis ist, wenn er auch für Gehilfen statt 75 Mk. nur 50 Mk. beträgt, immerhin ein ziemlich hoher. Ferner ist zu bedenken, daß das Ganze wirklich den Wert nur für besonders tüchtige Zeichner hat; die in der Lage sind, schnell und sicher den Stift zu handhaben. Denn nur bei sauber und exakt ausgeführten Zeichnungen ist das Verfahren zu Nutzen verwerthbar. Zur Ausstattung der Anzeigen hinwiederum scheint die Monotypie wegen des ziemlich beträchtlichen Zeitaufwandes, den eine gute und originale Zeichnung erfordert, nur in Ausnahmefällen, wo die Anzeige nicht so eilig ist, geeignet. Denn stets muß erst die Zeichnung gemacht, die Matrize stereotypiert, etwaige größere Flächen zum Einsetzen von Text ausgehauen und eventuell auch noch mit dem Stichel nachgearbeitet werden. Auch scheint es fraglich, ob beim Zeitungsdruck mit hohen Auflagen zum mindesten die feineren Raster nicht schmerzen. Wie lange sich diese „Richtung“ behaupten wird, läßt sich bei den heutigetags so schnell wechselnden Ansichten über Druckausstattung schwerlich sagen. Sicherlich aber kann man nach alledem den Gehilfen nicht zu muten, daß sie 50 Mk. für einen Apparat anlegen, der ihnen gar nichts einbringt.

Die Verechtigung zur Anleitung von Lehrlingen steht bekanntlich nach dem Gesetz auch jenen zu, die vor dem 1. Oktober 1908 mindestens fünf Jahre in ihrem Berufe selbständig oder unselbständig tätig gewesen sind. Trotzdem hatte aber, wie wir einem Bericht der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ entnehmen, der Vorgänger des jetzigen Ministers für Handel und Gewerbe einem Fachmann, der schon über 25 Jahre lang die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen ausübte, die Weiterverleihung dieses Rechts verweigert und seine Beschwerde dagegen zurückgewiesen. Im Gegenseite dazu hat aber nun der jetzige Minister in einem ganz ähnlichen Streitfalle folgendes entschieden: „Der Auffassung, daß nach Artikel 2 Absatz 1 der Novelle zur Gewerbeordnung vom 30. Mai 1908 nur diejenigen nach den früheren Bestimmungen zur Anleitung von Lehrlingen berechtigten Personen einen Anspruch auf Weiterverleihung der Anleitungsbefugnis besitzen, die innerhalb der letzten fünf Jahre vor dem 1. Oktober 1908 mit der Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen in ihrem Gewerbe tätig gewesen sind, vermag ich nicht beizutreten. Wie aus der Begründung zu Artikel 2 Absatz 1 der Novelle vom 30. Mai 1908 hervorgeht, soll die Befugnis nach einem mindestens fünfjährigen Besitze durch die in der Novelle vorgeschlagene und Gesetz gewordene Änderung nicht mehr berührt werden, vorausgesetzt, daß der Handwerker während dieser fünf Jahre in seinem Berufe, sei es selbständig, sei es unselbständig, tätig gewesen ist. Daß die fünfjährige Tätigkeit im Gewerbe dem Zukunfts-

treten der Novelle unmittelbar vorhergegangen sein muß, ist weder im Gesetze selbst, noch in seiner Begründung zum Ausdruck gebracht. Es muß daher angenommen werden, daß alle Handwerker ein Recht auf Weiterverleiherung der Anleitungsbesugnis haben, die überhaupt fünf Jahre hindurch vor dem 1. Oktober 1908 mit der Besugnis in ihrem Gewerbe tätig gewesen sind." Unstreitig hat damit der jetzige Minister für Handel und Gewerbe das Richtige getroffen, wie es bisher auch allgemein in Gewerbetreiben angenommen wurde. Daß aber zwei aufeinander folgende Minister in einer solchen Frage direkt entgegengesetzter Meinung sind, beweist, wie notwendig es wäre, solche wichtige Entscheidungen nicht dem Gutdünken einzelner Personen zu überlassen, sondern sie einer besonderen und konstanteren Körperschaft, z. B. einer Reichsgewerbekammer, zu überweisen. Denn es ist doch nur selbstverständlich, daß auf Grund des Standpunkts des jetzigen Ministers allen jenen Handwerkern, selbständigen oder unfelbständigen, denen unter der Amtszeit seines Vorgängers die Besugnis zur Lehrlingsanleitung nach der hier erörterten falschen Gesetzesauslegung vorenthalten wurde, dieses Recht wieder eingeräumt werden muß. Und wer bürgt dafür, daß der Nachfolger des Ministers für Handel und Gewerbe von heute nicht wieder einen anderen Standpunkt in dieser Frage einnimmt?

Neht teure Einladungskarten waren es, die sich ein russischer Pros zur Feier seiner goldenen Hochzeit leistete. Dieselben waren aus bünm gezahmtem edlen Golde, während Schrift und Bierat kunstvoll in Emaille eingelegt waren. Jede Karte wog 20 Gramm und stellte einen Wert von rund 100 Mk. dar, so daß die 200 verschickten Karten 20000 Mk. kosteten. Das Gold war in denjenigen Goldbarren des Millionärs geschmitten worden.

Ein Maurermeister als Druckerinspiator ist jedenfalls keine alltägliche Erscheinung, weshalb wir gehend davon Mitteilung machen, daß vor einiger Zeit im Kreis Alfeld ein solcher als Beauftragter der zuständigen Handwerkskammer eine Buchdruckerlei revidierte, um die Ausbildung der Lehrlinge in dem betreffenden Kunsttempel einer Kontrolle zu unterziehen. Erhebliche Mängelstände hat er nicht gefunden, was wir ihm ebenso gern glauben, wie wir annehmen, daß es ihm verborgen blieb, aus welchen technischen oder sonstigen Gründen die Lehrlinge der von ihm revidierten Druckerlei abends die Schweine des Prinzipals hinter der Stadtmauer spazieren führen mußten. Gesundheitsrückichten für die Vorstetiere sollen dafür maßgebend gewesen sein!

Der ehemalige „Typograph“-Redakteur Wilhelm Hoffsch ist, wie uns ein Telegramm aus Bremen meldet, am 13. Februar gestorben.

Ein salomonisches Gewerbergerichtsurteil teilt die „Sächsische Volkszeitung“ mit. Danach klagte vor dem sächsischen Gewerbergericht ein Wertmeister, der in einer Schreinerei tätig war, auf Zahlung einer Gratifikation von 100 Mk. Laut Engagementsvertrag war dem Kläger eine Gratifikation zugesichert, deren Höhe sich nach der allgemeinen Geschäftslage richten sollte. Im Laufe der Verhandlung sagte der Wertmeister: Ich möchte um Verschleimung des Verfahrens bitten, denn ich habe gehört, daß die beklagte Firma nicht gut stehe“. Hierüber war der Beklagte sehr erobst und beantragte die Protokollierung dieser Äußerung, da er den Kläger hierfür belangen werde. Dies lehnte das Gericht ab, entschied aber wie folgt: Die Gratifikation soll bemessen werden nach der Lage des Geschäfts. Der Kläger hat aber selbst erklärt, daß die Geschäftslage des Beklagten nicht gut sei und so ist die Klage kostenfällig abzuweisen.

Eine Ausstellung nach dem Herzen der Unternehmer wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Internationale Hygieneausstellung in Dresden werden. Denn die Veranstalter sind von dem eigentlichen Zwecke der Ausstellung, in Sicht und Schatten zu zeigen, was dazu beiträgt, den Gesundheitszustand zu erhalten, zu erhöhen oder zu untergraben, ganz wesentlich abgetommen. Die Schattenseiten werden dabei kaum mehr vertreten sein. Es wird alles in Licht und Wärme schwimmen. Nur die großartigen Gesundheitsförderungsmitel und -einrichtungen öffentlicher oder privater Natur werden nach Möglichkeit vor Augen geführt werden, aber nichts von alledem, was hinter Fabrik- oder sonstigen Werkstattnauern Gesundheit und Leben der Arbeiter oder Arbeiterinnen bedroht. Vor allen Dingen werden dabei irgendwelche Schattenbilder aus dem Gebiete der Heimindustrie streng ausgeschlossen sein, und zwar nicht nur auf höflichen Wunsch der Unternehmer, sondern auf deren direktes Verlangen hin. Ursprünglich war es zwar anders geplant. Das Direktorium der Ausstellung baute anfangs auch auf die Unterstützung der Arbeiterchaft und hätte es gern gesehen, wenn diese durch Vermittlung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands dem Direktorium Ausstellungsgegenstände überlassen hätte. In der Gruppe „Veruf und Arbeit“ sollte nach einem Schreiben der Ausstellungsleitung an die Generalkommission an einem möglichst reichen Anschauungsmaterial gezeit werden: 1. Welchen gesundheitlichen Schädigungen die Arbeiter in den verschiedenen Betrieben ausgesetzt sind. 2. Welche hygienischen Einrichtungen getroffen werden können, um diesen Schädlichkeiten zu begegnen. Um Interesse und Verständnis für gewerbehygienische Fragen anzubahnen, sollten auch Gegenstände zur Vorführung gebracht werden, welche die verschiedenen Techniken und das Willen, in dem gearbeitet wird, veranschaulichen, wie z. B. Photographien, Modelle und sonstige Darstellungen von Fabrikräumen, Werkstätten, Arbeitsplätzen, Apparaten und Maschinen, Arbeiter in ihrer Beschäftigung usw. Mit Rücksicht

darauf, daß nach der Einladung besonderes Gewicht auf Vorführungen auf dem Gebiete der Heimindustrie gelegt wurde, kamen die Verbandsvorstände zu dem Entschluß, eine besondere Heimarbeitsausstellung innerhalb der Internationalen Hygieneausstellung zu veranstalten. Ferner erklärte sich die Generalkommission bereit, Pflanzmiete zu zahlen und eventuell auch einen eignen Pavillon für die Heimarbeitsausstellung auf ihre Kosten zu errichten. Über es kam anders. Denn diese Absicht war nicht nach dem Geschmack der sächsischen Industriellen. Ihr schlechtes Gewissen trieb sie dazu, die Sache zu hintertreiben, weil sie fürchteten, die Generalkommission würde bei dieser Gelegenheit die Wahrheit und die wirklichen Verhältnisse etwas zu deutlich schildern und vor Augen führen. Darum versuchten sie, alle Mittel anzuwenden, um das Ausstellungsdirektorium von seiner Aufgabe oder seinen Verbindungen mit der Generalkommission der Gewerkschaften wieder abzugeben. Zuerst machte ein Geheimrat den Schrittmacher für sie, indem er gelegentlich einer Direktoriunssitzung erhebliche Bedenken äußerte und verlangte, daß diese Ausstellung gemeinsam mit den Unternehmern arrangiert werde, weil sonst zu befürchten sei, daß sie tendenziös ausfallen würde. Zum mindesten sollten die Gewerkschaften sich verpflichten, auch die Lichtseiten der Heimarbeit zur Darstellung zu bringen. Das lehnten die Gewerkschaften mit der Begründung ab, daß es ja den Unternehmern überlassen sei, eine Ausstellung nach ihrem Geschmacke besonders zu arrangieren. Auch das Ausstellungsdirektorium fand den Vorschlag und die Bedenken des Geheimrats zunächst nicht einer besonderen Beachtung wert und die Sache sollte wie zuerst geplant durchgeführt werden. Die Generalkommission der Gewerkschaften scheute weder Arbeit noch Geld, um etwas Rechtes zustande zu bringen. Da stellte sich heraus, daß das sächsische Ministerium die Gewerbe- und Handelskammern sowie andre Unternehmerorganisationen gegen die gewerkschaftliche Heimarbeiterausstellung mobil machte. Allen voran bei diesem Festhalten war der Verband sächsischer Industrieller, und zwar mit dem Erfolge, daß das Direktorium alle Einwendungen der Unternehmer als berechtigt anah und Garantien dafür verlangte, daß die Ausstellung nicht tendenziös werde. Insbesondere wurde die Einlegung einer Ausnahmejury gewünscht, in der auch Vertreter der interessierten Unternehmer sein sollten. Die ganze Sache kam dadurch zum Bruch. Angesichts dieser Kapitalisation des Ausstellungsdirektoriums vor den Unternehmerforderungen hat dann die Generalkommission nicht bloß auf die Veranstaltung der Sonderausstellung betreffend Heimarbeit verzichtet, sondern jede Beteiligung an der Internationalen Hygieneausstellung abgelehnt. Die Gewerkschaften werden sich mit diesem Stande der Dinge abzufinden wissen. Ist es für sie doch ein erwieuter Beweis dafür, daß Sozialpolitik, Hygiene und „Wohlfühl am Unternehmerrinteresse“ ihre Grenzen finden. Desto mehr aber haben die deutschen Gewerkschaftskreise alle Ursache, die Darbietungen einer Ausstellung, die unter dem Protektorate der sächsischen Regierung steht, einer strengen, kritischen Prüfung zu unterziehen, denn die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch in andern Zweigen der Hygiene das Gemeinwohl hinter das Unternehmerinteresse zurücktreten muß.

Die Lohnbewegung der Ruhrbergleute wurde vorläufig vertagt. Eine von den drei zusammengehörenden Bergarbeiterorganisationen, dem freien Bergarbeiterverbande, der polnischen Berufsvereinigung und dem Sirkh-Dunderker Gewerkschaften, einberufene Revidierkonferenz der Schachtbelegierten, auf der 200 Schachtanlagen durch 419 Delegierte vertreten waren, tagte am 11. Februar in Bochum. Aus den Berichten über die Verhandlungen der Arbeiterausschüsse war zu entnehmen, daß die 15prozentige Lohnerhöhung von allen Grubenverwaltungen abgelehnt wurde. Die englische Konkurrenz und die ungünstige Geschäftslage wurden dafür als Gründe angegeben. Bei steigender Konjunktur wollen die meisten Grubenverwaltungen die Löhne entsprechend erhöhen. Die zweite Forderung, die eine besondere Bezahlung für das Verhauen der Strecken zum Ziele hatte, kam nur für die Hälfte der Gruben in Frage, da die andre Hälfte derartige Nebenarbeiten bezahlte, während ein weiterer Teil nun ein gleiches zusagte, so daß nur nach dieser Richtung ein kleiner Fortschritt zu konstatieren war. In der Frage des Zwangsarbeitsnachweises lehnten die Grubenverwaltungen jedes Zugeständnis ab. Bei dieser Sachlage muß es als ein Akt größter Selbstbeherrschung bezeichnet werden, daß die Konferenz trotz der unbedeutenden Zugeständnisse mit 349 gegen 69 Stimmen eine Resolution faßte, in der zunächst eine abwartende Haltung als Richtschnur anerkannt wurde. Es soll zunächst abgewartet werden, ob die Besenbesitzer ihre Verpfändungen, die Löhne steigen zu lassen, einlösen werden. Neben der Ablehnung der Forderungen durch die Werksbesitzer verurteilte die Konferenz aufs schärfste die verräterische Haltung der christlichen Gewerkschaftsleitung, durch die die Werksbesitzer veranlaßt wurden, den Forderungen der andern drei Verbände so wenig entgegenzukommen. Von den Mitgliedern des christlichen Gewerbevereins erwartet die Konferenz, daß sie auf die Leitung ihrer Organisation in dem Sinne wirken, daß sie ihre arbeiter-schädigende Handlung unterläßt. Denn nur durch einiges und geschlossenes Vorgehen aller Bergarbeiter können deren berechtigste Forderungen durchgesetzt werden. Man kann nun gespannt darauf sein, wie lange noch der christliche Gewerbeverein der Bergarbeiter als Sicherheitsventil den Unternehmern zur Verfügung steht.

Literarisches.

„Ausgestreute Blaudecken“. Klagebilder eines Korrektors von Giovanni Bujueli. Aus dem „Lavoratore del Libro“ mit Genehmigung des Verfassers ins Deutsche übertragen von Johann Jesh. Die vorliegende Broschüre ist eine sehr sinnige Betrachtung über die Bedeutung des Korrektors in der gesamten Literatur und im Buchdruckgewerbe im besondern. Sie kann als eine glücklich gewählte Werbeschrift für den engeren Zusammenschluß der Korrektoren bezeichnet werden. Denn wenn der Verfasser als Italiener in der Hauptsache auch nur Korrektorenleiden und -freuden seiner engeren Heimat schildert und damit den Sammelruf nach Durchführung der technischen und orthographischen Einheit verbindet, so finden sich in seinen Ausführungen so viele Berührungspunkte mit den Hoffnungen und Wünschen unserer deutschen Kollegen vom Korrektorensessel, daß man nur sagen kann: Bujueli hat auch uns aus dem Herzen gesprochen. Darum verdient diese Broschüre allgemeine Beachtung im deutschen Buchdruckgewerbe. Ihre Herausgabe ist ein neuer, schöner Beweis für die ernsthafteste Tätigkeit der Generalkommission der Korrektoren Deutschlands, auf deren Initiative die Übersetzung zurückzuführen ist. Wir wünschen der Broschüre in allen Vereins- und Fachbibliotheken ein Plätzchen. Sie ist von dem Kassierer der erwähnten Generalkommission, Alwin Beuermann in Rixdorf (Berlin), Kaiser-Friedrich-Strasse 9, für 20 Pfg. einschließlich Porto zu beziehen.

Briefkasten.

D. S. in Leipzig: Wird aufgenommen. Wir müssen aber auf Beibringung eines Mitgliedsausweises bestehen, weil in einer so großen Organisation uns nicht jedes Mitglied bekannt sein kann, nicht einmal in Leipzig selbst. Es ist das nicht als bürokratischer Spott oder Mißtrauen gegen die Einsender aufzufassen, sondern wir haben die Erfahrung machen müssen, daß Gegner des Verbandes in den „Korr.“ sich einzuschleichen versuchten unter Berufung auf die Zugehörigkeit zu unserer Organisation unter irgendeinem Namen. Wer der Redaktion also nicht persönlich bekannt ist oder sich als Verbandsfunktionär ohne weiteres ausweisen kann, hat eine Bescheinigung über seine Mitgliedschaft bei Einsendungen von Artikeln beizufügen. Es besteht an manchen Orten die Annahme, daß damit eine Prüfung des Inhalts einer Einsendung durch den betreffenden Vorstand involviert ist. Das ist ganz unzutreffend. Es wird nur die Beglaubigung der Mitgliedschaft verlangt. Die Schriftführer haben allerdings ihre Berichte dem Vorsitzenden zur Prüfung und Gegenzeichnung vorzulegen. Da immer noch Unklarheit über diese für die Redaktion des „Korr.“ unbedingt gebotenen „Sicherheiten“ besteht, geben wir nochmals diese allgemein gedachte Aufklärung. — H. S. in R.: In nächster Nummer mit andern hübschen Sachen.

U. W. in Wachen: über dieses neue Mandat ebenfalls in nächster Nummer. — R. B. in Penig: Da müßten Sie sofort die Tariffinanzen in Anspruch nehmen. — U. R. in Meybt: Das Verhalten des betreffenden Kollegen ist zwar nicht einwandfrei, immerhin müssen wir eine bestimmte Auskunft über die Sache selbst ablehnen. — U. S. in Dresden: Ihr Brief erforderte Strafporto. — Nach Waldenburg: Hoffentlich ist dort kein Mensch, der solche unerhörte Verbrechen nur einen Augenblick anders aussieht als was sie in Wirklichkeit sind: Ia Augenbeuteleien. Diese Sorte von Arbeiterinteressenvertretung steht uns zu tief, um mit ihr zu polemisieren. — W. R. in Reize: Ihrer Einsendung fehlt die Bestätigung durch den Vorsitzenden. Ohne diese sind gerade solche Notizen für uns nicht verwendbar. — U. St. in Frankfurt a. M.: Sie waren nicht gemeint. — C. R. und Chr. D. in Straßburg: Kommt bei einer in Aussicht genommenen größeren Abhandlung über diese Erdmennechen mit zur Verwendung. — U. W. in Oera: Erhält die entsprechende Sauc. Gruß! — H. R. in Wiesbaden: 1. Die wiederholte Ginnzuschlebung ist uns natürlich auch nicht angenehm. Wenn die Raumverhältnisse des „Korr.“ nun einmal seit längerer Zeit ungünstige sind, so liegt das eben an den besonderen Verhältnissen, unter denen wir gegenwärtig leben. Mit Ihren Ansichten über bestimmte Artikel und die Jahresberichte dürfen Sie wenig Glück bei dem Gros der Kollegen haben. Wir hoffen aber im Februar die Veröffentlichung noch bewerkstelligen zu können. Nun zufrieden? Kräftigen Sie sich übrigens mit dem Verfasser eines Artikels über ein ähnliches Thema. Wer hat uns auch nicht schlecht angenommen. Na, wozu ist denn schließlich auch die Redaktion da als zum Demonstrieren ad oculos, wie außerordentlich verschieden die Ansichten der fast 62000 Mitglieder sind! 2. Kann keine Aufnahme finden. Dazu hat vorerst unsere Generalversammlung das Wort. 3. Vgl. in einer der nächsten Nummern unter „Korrespondenzen“. — S. W. in Elberfeld: Im Briefkasten der Nr. 12 empfangen wir ein Werk, das auch Ihren Wünschen entsprechen dürfte. — F. B. in Berlin: Zu beziehen durch U. Günther, Leipzig, Melancktonstraße 6.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13. 2.
Fernsprech-Nr. V 4, 1110.

Bezirk Deuthen (D.-Schl.). Sonntag, den 12. März, Bezirksversammlung in Deuthen. Anträge sind bis spätestens den 4. März an den Bezirksvorstand einzureichen. Die Herren Vertrauensleute werden gebeten, die Situationsberichte vorher an den Bezirksvorstand schriftlich einzureichen. Tagesordnung geht den Mitgliedern noch zu.

Bezirk Magdeburg. Als Delegierte zum Gantag in Rötzen wurden gewählt die Kollegen: Pittsner, Kungemann, Brundert, Held, Schrader, S. Frankel, Neuschner, Kühnast, Knöllner, Wintter, Vogl (Magdeburg), Engels, Kutschmann, G. Müller (Wurg), Helmeke (Wanzleben), Gallert (Schönebeck), Schüße (Gentzin).

Erlangen. Der Seher Hans Bimmert von hier (Hauptbuchnummer 52115), geb. 1. August 1892, wird hierdurch aufgefordert, seine Verpflichtungen gegenüber dem hiesigen Ortskassierer H. Haas, Fuchsigarten 27/1, unverzüglich nachzukommen, andernfalls weitere Schritte veranlaßt werden. Die Herren Funktionäre werden gebeten, S. darauf aufmerksam machen zu wollen. Derselbe fonditionierte zuletzt in Bayreuth.

Siegnitz. Der Seher Robert Mai wird ersucht, seine Adresse an Paul Wengel, Friedrichsplatz 2, gelangen zu lassen, event. anzugeben, wohin ihm ein Brief nachgeschickt werden kann, falls er sich auf der Reise befindet. Die verehrl. Funktionäre werden gebeten, M. auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Aufprotz. Der Seher Franz Joseph Keuter wird um Angabe seiner Adresse gebeten, event. werden die Herren Vereinsfunktionäre dringend ersucht, dieselbe an den Vorstehenden Rudolf Geuer, Duisburg-Aufprotz, Florastraße 73, gelangen zu lassen.

Abressenveränderungen.

Huerbach-Giesfeld-Falkenstein. Vertrauensmann: Kurt Flechsig, Falkenstein i. B., Gartenstraße 40 II.

Stuttgart. (Schriftgießer.) Vorstehender: Wilhelm Baumrecht, Rotenbühlstraße 141 III; Kassierer: Wilhelm Eisenberger, Moltkestraße 23 IV.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Berlin die Seher 1. Georg Behrend, geb. in Berlin 1892, ausgel. das. 1910; 2. Fritz Hauert, geb. in Pantow 1892, ausgel. das. 1910; 3. Otto Gebhardt, geb. in Ufersleben 1876, ausgel. das. 1894; 4. Wilhelm Hagemeister, geb. in Waderow 1891, ausgel. in Berlin 1900; 5. Max Hoese, geb. in Berlin 1892, ausgel. in Pantow 1910; 6. Erich Marszewski, geb. in Danzig

1888, ausgel. das. 1907; 7. Jaak Nachmanowicz, geb. in Minsk 1890, ausgel. in Odessa 1906; 8. Gottlieb Rentzler, geb. in Altschlag 1892, ausgel. in Wasseralfingen 1910; 9. Eugen Schandig, geb. in Berlin 1892, ausgel. das. 1910; 10. Friedrich Schimankowicz, geb. in Mösland 1886, ausgel. in Stuhm (Westpr.) 1906; 11. Ernst Scholz, geb. in Raubar i. Schl. 1891, ausgel. das. 1909; 12. Karl Schwanz, geb. in Friedeberg (P.-M.) 1889, ausgel. das. 1907; die Drucker 13. Arno Büttner, geb. in Hsinig i. B. 1882, ausgel. das. 1900; 14. Richard Späth, geb. in Neudamm 1881, ausgel. das. 1900; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 15. Karl Bauerle, geb. in Berlin 1892, ausgel. das. 1910; 16. Paul Warsam, geb. in Grewen i. Th. 1887, ausgel. das. 1905; 17. Walter Haas, geb. in Berlin 1890, ausgel. das. 1908; 18. Friedrich Brunner, geb. in Hamburg 1890, ausgel. in Berlin 1909; 19. Walter Kiese, geb. in Berlin 1890, ausgel. das. 1908; 20. Erich Magnus, geb. in Berlin 1876, ausgel. das. 1895; 21. der Drucker Ernst Heinen, geb. in Viefelfeld 1881, ausgel. in Berlin 1899; 22. der Schweizerdegen Albert Bischoff, geb. in Schmilau 1872, ausgel. in Schneidemühl 1890; 23. der Dieber Paul Howe, geb. in Reeg 1879, ausgel. in Berlin 1897; waren schon Mitglieder. — Albert Massini, Engelwieser 15.

In Landsberg a. W. der Seher Richard Bartel, geb. in Landsberg a. O. 1878, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — In Sommerfeld i. B. der Schweizerdegen Paul Winler, geb. in Habelschwerdt 1865, ausgel. in Rösenberg i. Schl. 1885; war schon Mitglied. — Otto Müller in Frankfurt a. O., Oberstr. 5 II.
In Rudenwabe der Seher Willi Pasall, geb. in Treptow a. d. Rega 1890, ausgel. das. 1908. — August Rabe in Potsdam, Kronprinzenstraße 36.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Wir ersuchen, dem Drucker Johann Cetnik aus Semlin (Hauptbuchnummer 7208) wegen Nichtannahme einer angebotenen tarifmäßigen Kondition die Reilegitimation abzuhemen und einen entsprechenden Eintrag in das Quittungsbuch zu machen.

Bremen. Das Quittungsbuch des Seher Wilhelm Witting (Hauptbuchnummer 63436, Rheinland-Westfalen 6569) ist abhanden gekommen. Derselben wurde ein neues Buch (Nordwest 1632) ausgefertigt. Das erste Buch wird deshalb für ungültig erklärt.

Chemnitz. Die Herren Meißelfasserverwalter wollen dem Seher Max Schütz aus Oliva (Hauptbuchnummer 46363) den hier erhaltenen Stiefelvorfuß von 4 Mk. abgeben und an Otto Dähnel, Feldstraße 35, einschicken. Sollte Betreffender in Kondition stehen, so wird gebeten, selbigen auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Sibing (Westpr.). Die verehrl. Verbandsfunktionäre werden gebeten, dem Seher Leopold Pöschel II (Wien 2093), geboren in Wien am 20. Juni 1890, die neu. e Hauptbuchnummer 77138 in sein Verbandsbuch einzutragen.

Veranstaltungskalender.

Achersleben. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 18. Februar, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal (H. Hoff).

Senftenberg (O. Schl.). Maschinenmeistergeneralversammlung Sonntag, den 19. Februar, im Hotel „Weißer Adler“.

Hankenshagen. Veranmlung Sonntag, den 18. Februar, abends 8½ Uhr, bei B. David, Bodenhuben, Bahnhofsstraße.

Grossau. Korrektorenversammlung Sonntag, den 19. Februar, vormittags 11 Uhr, im „Matthiaspart“, Moltkestr. 17.

Sargstädt. Veranmlung Sonntag, den 18. Februar, abends 8½ Uhr, im „Schützenhaus“.

Chemnitz. Jahresgeneralversammlung Sonntag, den 18. Februar, abends 8½ Uhr, im „Zirkelhaus“, Sonnenstraße.

Dessau. Veranmlung Freitag, den 17. Februar, abends 8½ Uhr, im „Zirkel“.

Gesfurt. Kombinierte Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Zirkel“.

Freiberg (S.). Veranmlung Sonntag, den 18. Februar, im „Stadt Dresden“.

Grömmen. Veranmlung Sonntag, den 18. Februar, abends 9 Uhr, im „Zirkel“.

Salla a. S. Veranmlung Sonntag, den 18. Februar, abends pünktlich 8½ Uhr, im Gasthof „Zu den drei Rönigen“, Al. Klausstraße 7.

Hamburg-Altona. Verbandsfestung Montag, den 20. Februar, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Welfenbinderhof 57.

Ludwigshafen a. Rh. (Bezirksverein.) Generalversammlung Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 2 Uhr, im „Terminus“.

Mainz. Generalversammlung Samstag, den 18. Februar, abends 8½ Uhr, im „Güterberg“.

Oldenburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 26. März, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Rumboldstraße, Beiträge bis 1. März an den Vorstehenden.

Planen i. B. Veranmlung Sonntag, den 18. Februar, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, „Schillergarten“.

Quebblinburg. Veranmlung Sonntag, den 18. Februar, im „Stadtpark“, Webersstraße.

Saarbrücken. Veranmlung Samstag, den 18. Februar, abends 8½ Uhr, im „Rusthäuser“, Schloßberg 9.

Wittenberg. Veranmlung Sonntag, den 18. Februar, abends 8½ Uhr, im „Birgergarten“, Sulz-Adolfstraße.

Für eine größere deutsche Buchdruckerei in **Dessau** (Preprovinzen) wird ein tüchtiger, erfahrener

Factor gesucht. Beste Verdienstschriften erb. an H. Gerthold, A.-G., Berlin SW 29. [460]

Tüchtigen Stempelfeher sucht Karl Kind jun., Bielefeld. [376]

Ber 20. Februar oder später suchen wir je einen

Monotypgießer u. Linotypgießer

in dauernde Stellung. Wir rekrutieren nur auf Herren mit langer Praxis und bitten um ausführliche Diktarien mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen usw. [450]

Berliner Buch- u. Kunstdruckerei, G. m. b. H., Solfen (Wart).

Tüchtiger Schriftgießer

für Schnelllektromaschine (System Böttcher) sofort gesucht. Solche, welche bereits an betreffender Maschine gearbeitet haben, erhalten den Vorzug. A. Wunderlich & Co., Schriftgießerei, Leipzig. [450]

Geübte Schrifteilerinnen

und Interzeichnerinnen für dauernde Stellung sofort gesucht. [439]

Schriftgießerei Hirsch, Frankfurt a. M.

Magenleiden! Stuhlverstopfung! Hämmorrhoiden!

kann man selbst heilen. Auskunft ert. kostenlos gerne an jedermann Krankenschwestern Marie, Nicolastr. 6 Wiesbaden. C. 105.

Charaktervolle, äußerst schöne, handwerklich und sehr gewandte Handschrift wird durch das neuartige, ständend einfache Verfahren „Express“ aus F. Rumpffs Lehmteufelverl. Großer Kol 5 (Hannover), erlangt. Preis nur 90 Pf. 4. Auflage (8000). [463]

Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen

Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 21. Februar, abends 8 Uhr:

Veisversammlung

in der „Habela-Kranerei“, Bergmannstr. 5-7.

S Tagesordnung: 1. Berichtsmitteilungen; 2. Vorlage des Tarifentwurfs für Feilen und Interzeichner; 3. Beschließenes.

Der Vorstand. [449]

Anhang zum Tarif von Konrad Giesler. Preis des Exemplars 30 Mk. 2 B. Bortel. Bestellungen nehmen die Seher Verbandsfunktionäre sowie Gg. 2 5 B. 11 G., Leipzig, Salomonstraße 8. entgegen.

Erfahrener Stereotypenr

äußerst tüchtiger, flötter Arbeiter, für unsere neuzeitlich eingerichtete Flach- und Rundstereotypie (Zeichnungs- und Illustrationsrotationsbetrieb) zu baldigem Eintritt gesucht. Bewerbungen mit Angaben über letzterige Tätigkeit, Lohnforderung und frühesten Eintrittszeit sowie unter Beifügung von Zeugnisabschriften und Empfehlungen erbetet. [461]

Größtes Anzeigentätbuch- und Steindruckerei, Siegen.

Buchdruckmaschinenmeisterverein zu Dresden.

Dienstag, den 21. Februar, im „Kristallpalast“, Schäferstraße:

43. Stiftungsfest

bestehend in humoristischen Vorträgen der Bunten Bühne mit darauffolgendem großen Ball. Ende 3 Uhr. Eintrittskarten à 30 Pf. sind für Angehörige der Mitglieder bei den Kollegen Br. Meutzner, Kurfürstenstr. 5 IV, A. Lehmann, Gneisenstraße 12 IV, und A. Freitag, Schandauer Straße 23 IV, zu entnehmen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht freundlichst Der Gesamtverband.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Welfenbinderhof:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Berichtsmitteilungen; 2. Anträge zur Generalversammlung des Verbandes. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand. [456]

Zeichnkursus für Graphische Gewerbe.

Von dem Zeichenlehrer Herrn W. Krause in Breslau ist für die deutschen Buchdrucker ein Zeichenwerk geschaffen worden, welches für das gesamte Zeichnen im graphischen Gewerbe von grundlegender Bedeutung geworden ist! Vor allem aber gilt dieses Werk den schaffenden Buchdruckern, Akzidenzsetzern und allen strebsamen Schriftsetzern, deren Arbeit nach Krauses Zeichnkursus in völlig neue, zeitgemäße Bahnen gebracht wird. — Wir eröffnen auf dieses Werk am 1. März eine neue Subskription in der Weise, daß jedem Buchdrucker der Bezug des Zeichenkursus in Lieferungen aller 8 und 14 Tage, oder auch aller 4 Wochen ermöglicht wird. — Der Preis eines Lieferungs beträgt 1,50 Mk. Mit 20 Lieferungen und vier Supplementheften, letztere à 1 Mk., ist das Werk komplett. Verlangen Sie bitte Probeheft mit Anmeldeformular zur Subskription von Julius Mäser, Verlag, Leipzig-R. [457]

Wer vorwärts kommen will,

verlange Prospekt über „Handbuch des Wissens“, Richard Oester, Verlag, Berlin SW 61 VI. [455]

Die anfertigen die Firma der „Korrespondent“-Mappen offeriert den Neuesten zum ermäßigten Preise von 1,60 Mk. bei freier Zustellung. Früherer Preis 3 Mk. Die Mappen sind freitragend gearbeitet, von eleganten Aussehen, eignen sich aber nur zum Aufbewahren einiger Nummern. Daher für Zeilenums und Buchdruckererfolge zu empfehlen. Bestellung nimmt die Geschäftsstelle des „Korr.“ entgegen.

Weißbleistiften, Hartbleistiften, Schriftpaschen, Stereotypaschen zu kaufen gesucht. Muster erbeten. **Herrmann Bodenheimer** Frankfurt am Main. [451] Telegraphenadresse: Reichold, Frankfurt/Main.

Hunderttausende Kunden. Viele tausend Anerkennungen.
Jonass & Co. Berlin SW. 247.
Belle-Alliance-Strasse 3
Vertragslieferanten vieler Beamtenevereine, liefern auf **bequeme Teilzahlung.**
Hochinteressanter Katalog mit über 4000 Abbildungen umsonst und portofrei.

Kurt Viebig aus Dresden gibt seine Adresse an **Karl Wilke**, Siegen, Marburger Straße 27. [458]

Am 11. Februar entschlief nach schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenmeister

Hugo Schröter im 69. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Die Kollegen [458] der Hofbuchdruckerei Julius Sittonfeld, Berlin.

Der Gesamtaufgabe der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma **Conrad & Hambro** in Stolthaus bei, worauf wir unsere geehrten Leser besonders aufmerksam machen.